



"Als ich sieben, acht, zehn oder zwölf war - so ungefähr -, sagte eine Nachbarin zu ihr: Glauben Sie auch nur irgendetwas, was der Bengel sagt?" Meine Mutter antwortete: "Er ist die Quelle der Wahrheit, aber man kann mit einem Eimer nicht die ganze Quelle ausschöpfen."

Mark Twain

Bildungsmonitor

für die Jugendsozialarbeit

Nummer 4
November 2012

Herausgeber

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
Chausseestraße 128/129 • D-10115 Berlin
Tel. 030-288789-538 • Fax 030-288789-55
E-Mail: [Kooperationsverbund](mailto:Kooperationsverbund@kjs.de)

Fachlich verantwortliche Organisation: AWO
Autor: Prof. Dr. Gerhard Christe
Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Inhalt

	Editorial	4
1.	Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring	5
1.1	Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)	5
1.2	Bundesweites Indikatorensystem für Ausbildungsberichterstattung	5
1.3	Konzeption für ein kommunales Instrument des Bildungsmonitorings	5
1.4	Konzeption eines kommunalen Lernreports – Verzeichnis der Indikatoren	6
1.5	Bielefelder Lernreport	6
1.6	Bildungsstand der Bevölkerung 2012	6
1.7	Bildungsvorausberechnung	6
1.8	Bildung in Deutschland 2012	6
1.9	Bildung auf einen Blick 2012 – OECD-Indikatoren	7
1.10	Bildung auf einen Blick 2012 – Deutschland	7
2.	Neuere bildungspolitische Entwicklungen in Bund und Bundesländern	8
2.1	Wichtige schulpolitische Entwicklungen in allen 16 Bundesländern	8
2.2	Bayern – Immer spätere Einschulung	10
2.3	Sachsen – Bildungsstreit um zukunftsfähige Schulpolitik	10
2.4	Berlin – Gute Noten für Gemeinschaftsschulen	11
2.5	Nordrhein-Westfalen – Schulversuch zum längeren gemeinsamen Lernen	12
2.6	Hessen – Einführung von Islam-Unterricht	12
2.7	Rheinland-Pfalz – Verschärfung des Schulgesetzes	13
2.8	Saarland – Zwei-Säulen-Schulsystem	13
2.9	Sachsen-Anhalt – Einführung von Gemeinschaftsschulen	13
2.10	Bayern – Sitzenbleiben	14
2.11	Nordrhein-Westfalen – Neues Übergangssystem	14
2.12	Hamburg – Einrichtung von Jugendberufsagenturen	15
3.	Ergebnisse neuerer bildungspolitischer Studien	16
3.1	Ländervergleich zum Leistungsstand der Grundschüler	16
3.2	Wie kommen Übergangsempfehlungen nach der Grundschule zustande?	16
3.3	Abschlussbericht zum Pilotprojekt „Dritter Weg in NRW“	17
3.4	Studie über Bildungsungleichheit und Aufstiegsangst	17
3.5	Studie zu Strukturreformen gegen Bildungsarmut	17
3.6	AWO-ISS-Armutsstudie	18
3.7	Studie zu „Ausbildungsreife“ und den bildungspolitischen Implikationen	19
3.8	Studie zu den Kosten einer Ausbildungsgarantie	19
3.9	Studie zur Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems	20
3.10	Studie zu Bildungschancen vor Ort	21
3.11	Jugendstudie 2012 der IG Metall	21
3.12	Studie zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der jungen Generation	21
3.13	EU-Jugendbericht	22
3.14	DRK-Expertise zur Schulsozialarbeit	22
3.15	AWO-Expertise zu DQR und Jugendsozialarbeit	22
3.16	UN-Behindertenrechtskonvention in der Jugendsozialarbeit	23
3.17	Literaturhinweise	23

4.	Laufende bildungspolitische Studien	26
4.1	Heidelberger Studie zur Schulverweigerung (<i>Universitätsklinik Heidelberg</i>)	26
4.2	Nationales Bildungspanel – Berufsbildung und lebenslanges Lernen	26
5.	Neue Programme des Bundes und der Länder	27
5.1	Modellvorhaben „Ein Topf“ in Nordrhein-Westfalen (<i>MAIS</i>)	27
5.2	Zentralstelle für internationale Berufsbildungs Kooperationen (<i>BMBF</i>)	27
5.3	Initiative „Bildung durch Sprache und Schrift (BISS)“	27
5.4	Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung	28
5.5	Sonderprogramm „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“	29
6.	Zahlenspiegel	30
6.1	Jugendarbeitslosigkeit in der EU steigt dramatisch	30
6.2	Monitor Jugendarmut 2012	30
6.3	Die wenigsten Azubis werden unbefristet übernommen	30
6.4	Generation abgehängt – Jugendliche ohne Berufsabschluss	31
6.5	Jugendliche in der Warteschleife	31
6.6	Bildungsausgaben in Deutschland	31
6.7	Daten zum Übergang ins Berufsleben	32
7.	Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden	33
7.1	Schule im Aufbruch – Bündnis für eine neue Lernkultur (<i>Aufruf</i>)	33
7.2	Empfehlungen zum Bildungs- und Teilhabepaket (<i>Deutscher Verein</i>)	33
7.3	Mehr Teilhabe bei Bildung (<i>B90/Die Grünen</i>)	34
7.4	Zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf benachteiligte Jugendliche (<i>BAG EJSA</i>)	34
7.5	Positionspapier der AGJ zum DQR (<i>AGJ</i>)	34
7.6	Fachkräftemangel als Chance für benachteiligte Jugendliche? (<i>Gastbeitrag GPC</i>)	35
7.7	„Gegen das Primat des Preises! Die Qualität der Berufseinstiegsbegleitung ist in Gefahr!“ (<i>Kooperationsverbunds Jugendsozialarbeit</i>)	35
7.8	Stellungnahme des DGB zum OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“	35
7.9	„Berufsausbildung für alle – heute endlich verwirklichen“ (<i>Berufsbildungsexperten</i>)	36
7.10	Junge Menschen nicht zu „Bildungsverlierern“ machen (<i>KOV Jugendsozialarbeit</i>)	36
7.11	Empfehlungen zur Reform des Übergangs Schule – Beruf (<i>BAG ÖRT</i>)	36

Editorial

Sie halten die dritte und letzte Ausgabe des Bildungsmonitors für 2012 in Händen und dürfen wieder gespannt sein auf viele interessante Informationen!

Insbesondere die Veröffentlichung des 4. Nationalen Bildungsberichts im Frühsommer hat die Jugendsozialarbeit mit Interesse verfolgt. Umfassende Daten und Trends über sich verändernde Rahmenbedingungen (wie etwa der hohe Ersatz- bzw. Zusatzbedarf an Personal im Bildungswesen) und über die Bildungseinrichtungen zeigen, dass hier einiges in Bewegung ist und dennoch viele Herausforderungen bestehen. Für die Jugendsozialarbeit besonders relevant sind die aktuellen Entwicklungen in der Bildungsbeteiligung junger Menschen sowie die sich ausdifferenzierenden Bildungsprozesse, -ergebnisse und -erträge. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit hat sich hierzu ausführlich positioniert. Mit der Forderung „Junge Menschen nicht zu „Bildungsverlierern“ machen!“ (vgl. 7.10) benennt er deutlich die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung von Bildungspolitik und Bildungssystem, um die Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen herzustellen.

Einen Schwerpunkt bilden die wichtigen schulpolitischen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern, die in der Tendenz zu einer weiteren Auflösung der Hauptschule und einer Zusammenführung mit der bisherigen Realschule führen. Weitere Bundesländer – wie etwa NRW – verlängern die gemeinsame Schulzeit bis zum 6. oder 7. Schuljahr und setzen sich mit dem Paradigma der Inklusion in der Umsetzung in Schulstruktur und Unterricht auseinander. Hier wird die Jugendsozialarbeit aktiv bleiben, damit es wirklich zu einer Verbesserung von Lern- und Förderchancen für benachteiligte Schülerinnen und Schüler im allgemein bildenden Schulsystem kommt.

Insgesamt erhalten Sie, liebe Leserinnen und Leser, wieder einen Überblick über aktuelle bildungs- und fachpolitische Entwicklungen, denen Sie durch die Veröffentlichungshinweise gezielt nachgehen können.

Wir wünschen Ihnen viele Anregungen und Hinweise, die für Sie und Ihre Arbeit von Interesse sind.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Würfel

Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

(1)**Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring****1.1 Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)**

Mit der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im März 2012 herausgegebenen Gemeinschaftsveröffentlichung „Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung für Deutschland – Ein Vergleich der Bundesländer“ liegt ein bundesweiter, systematischer Überblick über die Nutzung der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote durch junge Menschen vor. Sie zeigt, dass die Bildungsinteressen und -chancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach Verlassen der Sekundarstufe I ebenso vielfältig sind wie die Bildungslandschaft in Deutschland. Umfang: 161 Seiten.

Die Veröffentlichung kann heruntergeladen werden unter:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Bildungsstand/IndikatorenAusbildungsberichterstattung1023019129004.pdf?__blob=publicationFile

Weitere Veröffentlichungen zur iABE unter:

<http://indikatorik.bibb.de/de/57265.htm>

1.2 Bundesweites Indikatorensystem für Ausbildungsberichterstattung

Friedel Schier/Regina Dionisius/Nicole Lissek: Realisierungschancen eines bundesweiten Indikatorensystems für eine integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE). Integrierte Ausbildungsberichterstattung: Basisindikatoren und Grundlagen – Abschlussbericht, Teil 2, Bonn Mai 2012

Wie viele Jugendliche die unterschiedlichen Angebote der beruflichen Qualifizierung wahrnehmen, war bislang nicht bekannt. Daten zur Berufsausbildung im dualen System, Statistiken zur Qualifizierung an beruflichen Schulen sowie zu Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit standen unverbunden nebeneinander. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierte Projekt der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) hat diese Lücke nun geschlossen. Es hat ein System von Sektoren und Konten entwickelt, welches die Qualifizierungswege gliedert und überschneidungsfrei abbildet. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen die formalisierten, quantitativ erfassbaren Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote. Sie sind zusammengefasst zum „Ausbildungsgeschehen“.

Mit den „Basisindikatoren“ wird eine Auswahl von Indikatoren vorgestellt, die das Ausbildungsgeschehen analysiert – differenziert nach seinen vier Bildungssektoren „Berufsausbildung“, „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“, „Hochschulreife“ und „Studium“. Die Indikatoren der iABE geben einen Überblick über die Nutzung der unterschiedlichen Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote, die den jungen Menschen in der föderalen deutschen Bildungslandschaft offen stehen.

Der Bericht kann heruntergeladen werden unter:

http://indikatorik.bibb.de/dokumente/pdf/a21_iabe_basisindikatoren_2012_05_15.pdf

1.3 Konzeption für ein kommunales Instrument des Bildungsmonitorings

In enger Zusammenarbeit zwischen Bildungsexperten vom Soziologischen Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) und Praktikern der kommunalen Bildungspolitik wurde die Konzeption für ein kommunales Instrument des Bildungsmonitorings entwickelt. Der kommunale Lernreport legt den von der UNESCO empfohlenen Fokus auf die vier Lerndimensionen: das schulische, berufliche, soziale und persönliche Lernen. Dadurch können systematisch alle Lebensphasen und auch das informelle Lernen berücksichtigt werden. Der kommunale Lernreport schafft die Steuerungsgrundlage für die systematische Entwicklung der kommunalen Bildungslandschaft.

Der Lernreport kann heruntergeladen werden unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_36138_36139_2.pdf

1.4 Konzeption eines kommunalen Lernreports - Verzeichnis der Indikatoren

Dieses Verzeichnis der Indikatoren ist als Anhang zur Konzeption des kommunalen Lernreports zu verstehen. Die Darstellung der 50 Indikatoren und deren Ausprägungen erfolgt nach einer einheitlichen Systematik.

Das Verzeichnis der Indikatoren kann heruntergeladen werden unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_36136_36140_2.pdf

1.5 Bielefelder Lernreport

Die Stadt Bielefeld hat als erste Kommune einen Lernreport auf Grundlage des hier unter Punkt 1.3 und 1.4 skizzierten neuen Konzepts entwickelt und so dessen praktische Umsetzbarkeit bewiesen. Damit beginnt die Stadt auf lokaler Ebene mit einer systematischen Bildungsberichterstattung, die lokale Entwicklungen, Problemlagen und Handlungsbedarfe im Bildungsbereich transparent macht.

Der Report kann heruntergeladen werden unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_36141_36142_2.pdf

1.6 Bildungsstand der Bevölkerung 2012

Diese Veröffentlichung fasst jährlich in einer Reihe Ergebnisse zum Bildungsstand der Bevölkerung zusammen. Die Daten informieren in kompakter Form über den allgemeinen Schulabschluss und den beruflichen Bildungsabschluss, darunter zur deutschen und ausländischen Bevölkerung sowie zur Fachrichtung des beruflichen Bildungsabschlusses. Umfang: 79 Seiten.

Die Veröffentlichung kann heruntergeladen werden unter:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Bildungsstand/BildungsstandBevoelkerung5210002127004.pdf?__blob=publicationFile

1.7 Bildungsvorausberechnung

Die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Gemeinschaftsveröffentlichung „Vorausberechnung der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer, des Personal- und Finanzbedarfs bis 2025. Methodenbeschreibung und Ergebnisse – Ausgabe 2010“ umfasst die Bildungsbereiche „Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung“, die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie den Hochschulbereich. Darüber hinaus wurde aufbauend auf den Bildungsteilnehmerzahlen der Personal- und Finanzbedarf berechnet. Umfang: 80 Seiten

Die Veröffentlichung kann heruntergeladen werden unter:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Bildungsvorausberechnung5210003109004.pdf?__blob=publicationFile

1.8 Bildung in Deutschland 2012

Der vierte Nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2012“ liefert eine umfassende Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung, über allgemeinbildende und berufliche Bildung, Hochschulbildung bis hin zu den verschiedenen Formen der Weiterbildung und dem Lernen im Erwachsenenalter. Der Bericht informiert auf der Grundlage von Indikatoren über die aktuelle Situation im deutschen Bildungswesen, über seine Leistungsfähigkeit und seine Problemlagen. Im Rahmen einer vertiefenden Analyse widmet sich der Bericht dieses Mal der kulturellen Bildung im Lebenslauf. Erarbeitet wurde der Bericht im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von der Autorengruppe Bildungsberichterstattung, der auch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder angehören. Die Federführung lag beim Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). Umfang: 360 Seiten

Der Bericht kann heruntergeladen werden unter:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Bildungsstand/BildungDeutschland5210001129004.pdf?__blob=publicationFile

Weiterführende Materialien sind abrufbar unter:

www.bildungsbericht.de abrufbar.

Siehe auch die **Stellungnahme des Kooperationsverbands Jugendsozialarbeit** zum Vierten Nationalen Bildungsbericht in Kap 7.10. Sie kann heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/KV_Stellungnahme_Bildungsbericht_2012.pdf

1.9 Bildung auf einen Blick 2012 – OECD-Indikatoren

Die OECD hat in den letzten Jahren international vergleichbare quantitative Indikatoren zum Bildungsgeschehen entwickelt. Diese werden jährlich in *Bildung auf einen Blick* veröffentlicht. Diese Indikatoren bieten sowohl den politischen Entscheidungsträgern als auch den im Bildungswesen Tätigen die Möglichkeit, das eigene Bildungssystem im Licht der Leistungsfähigkeit anderer Länder zu betrachten.

Im Internet zu lesen unter:

http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/education/bildung-auf-einen-blick-2012-oecd-indikatoren_eag-2012-de

1.10 Bildung auf einen Blick 2012 – Deutschland

Die jüngste Ausgabe der OECD-Publikation „Bildung auf einen Blick“ ist im September 2012 erschienen. Auf 12 Seiten sind hier für 2012 die aktuellen Ergebnisse der Datenanalyse für Deutschland anhand der OECD-Indikatoren zusammenfassend dargestellt.

Hier einige wichtige Befunde: Der Anteil junger Menschen, die weder in Beschäftigung noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung sind, ist in Deutschland auch in den Krisenjahren stabil geblieben. 2010 lag er für 15 bis 29-Jährige bei 12,0 Prozent und damit weit unter dem OECD-Durchschnitt von 15,8 Prozent.

Deutschland ist das einzige Land innerhalb der OECD, in dem die Arbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2010 quer durch alle Bildungsgruppen abgenommen hat.

Ein neuer Indikator zeigt, dass der Ausbau der Bildungssysteme in fast allen OECD-Ländern dazu geführt hat, dass junge Menschen einen höheren Bildungsstand erreichen als ihre Eltern. In Deutschland hingegen ist die Bildungsmobilität eher gering. Hier sind 20 Prozent der 25 bis 34-jährigen Erwerbstätigen höher gebildet als ihre Eltern, während 22 Prozent einen niedrigeren Abschluss haben. Im OECD-Vergleich erreichen 37 Prozent der jungen Erwerbstätigen einen höheren Bildungsstand als ihre Eltern und nur 13 Prozent verharren auf einem niedrigeren Niveau.

Die gesamte Veröffentlichung ist herunterzuladen unter:

<http://www.oecd.org/berlin/presse/hohererbildungsstandgarantiertbesserejobchanceninderkrise.htm>

Der DIHK hat sich wie schon in früheren Jahren wieder kritisch zum Bildungsbericht der OECD geäußert. Er ist der Meinung, dass die OECD die Besonderheiten des deutschen Bildungssystems nicht ausreichend berücksichtige und daher die Quote der beruflich höher Qualifizierten falsch berechnet würde. Nur deshalb lande Deutschland beim Länder-Ranking immer im letzten Drittel.

Näheres siehe unter:

http://www.dihk.de/presse/thema-der-woche/2011/2011/28042011/at_download/file?mdate=1326364858702

sowie:

<http://www.dihk.de/themenfelder/aus-und-weiterbildung/news?m=2012-09-12-driftmann-oecd>

(2)

Neuere bildungspolitische Entwicklungen in den Bundesländern

Im Mittelpunkt der Betrachtung aktueller bildungspolitischer Entwicklungen in den Bundesländern stehen in dieser Ausgabe des Bildungsmonitors vor allem schulpolitische Neuerungen in verschiedenen Bundesländern sowie die Einführung neuer Konzeptionen des Übergangssystems in Nordrhein-Westfalen und Hamburg.

2.1 Wichtige schulpolitische Entwicklungen in allen 16 Bundesländern

Seit dem neuen Schuljahr 2012/13 wird die Schullandschaft in Deutschland noch uneinheitlicher. In drei Bundesländern starten neue Schularten: in Nordrhein-Westfalen eine Sekundarschule, in Baden-Württemberg und im Saarland Gemeinschaftsschulen.

Auf die Sekundarschule hatten sich in *NRW* SPD, CDU und Grüne in einem historischen Schulkonsens verständigt und damit einen jahrzehntelangen Schulkampf beendet. Außerdem bietet *Baden-Württemberg* wieder das neunjährige Gymnasium (G9) an. Auch *Hessen* will wieder G9-Gymnasien zulassen. Die Zahl der Schularten nach der Grundschule variiert in den Bundesländern zwischen zwei und fünf.

Nachfolgend ein Überblick über die wichtigsten Änderungen an den Schulen in den 16 Bundesländern auf Basis einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur in den Ländern.

BADEN-WÜRTTEMBERG. Seit Schulbeginn am 10. September 2012 haben 42 Gemeinschaftsschulen ihre Arbeit aufgenommen, in denen Schüler mit Grundschulempfehlung für die Haupt-/Werkrealschule, für die Realschule und Gemeinschaftsschule gemeinsam unterrichtet werden. Das neue Konzept für diese gebundenen Ganztagschulen setzt auf individuelle Förderung und selbstständiges Lernen. Das Motto lautet Binnendifferenzierung in der Klasse statt Unterteilung in Kurssystemen wie etwa in Gesamtschulen. Lehren sollen dort Pädagogen aller Schularten. Hat die Gemeinschaftsschule eine genügend große Zahl von Schülern mit Gymnasialniveau, kann sie eine gymnasiale Oberstufe anbieten. Zudem ist den Gymnasien erstmals im Rahmen eines Schulversuchs erlaubt, wieder neunjährige Gymnasialzüge (G9) einzuführen. Auch fiel erstmals die verbindliche Grundschulempfehlung weg, was dazu führte, dass Haupt- und Werkrealschulen massiv Neuanmeldungen eingebüßt haben.

BAYERN: In Bayern kommt es zu ersten Korrekturen am achtjährigen Gymnasium (G8). In elf von 25 Fächern soll der Stoff eingedampft werden, unter anderem in Biologie und Geografie. Zugleich sollen die Gymnasien 250 zusätzliche Lehrerstellen bekommen. Zum nächsten Schuljahr 2013/14 ist dann ein freiwilliges neuntes Zusatzjahr am G8, ein so genanntes „Flexibilisierungsjahr“, vereinbart worden.

BERLIN: In der Bundeshauptstadt gibt es keine auffällige Änderung. Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) sagte zu der in den vergangenen zehn Jahren von Lehrern, Schülern und Eltern wiederholt kritisierten „Reformwut“ in den Schulen: „Jetzt müssen die Reformen wirken und erst einmal in den Schulen ankommen.“

BRANDENBURG: Wichtigste Neuerung ist der Start des Pilotprojekts „Inklusive Grundschule“. Es sieht den gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder an 85 Grundschulen des Landes vor. Dafür werden nach Angaben des Potsdamer Bildungsministeriums zusätzlich 100 Lehrer eingestellt. Ein neues Lehrerbildungsgesetz soll den Pädagogen die Einbeziehung behinderter Schüler erleichtern und Praxisbezüge stärken.

BREMEN: Investitionen in Höhe von 22 Millionen Euro fließen in die Schulen, von der energetischen Sanierung bis zum Mensabau. Am Schulsystem wird sich nichts mehr ändern.

HAMBURG: Der Stadtstaat plant einen massiven Ausbau von Schulen mit Ganztagsangebot (plus 54 Schulen). Ziel ist es, dass bis Ende 2014 nahezu alle Hamburger Schulen

ein Ganztagsangebot haben, offen oder gebunden. 311 zusätzliche Lehrerstellen wurden geschaffen, um bei wachsenden Schülerzahlen kleinere Klassen zu ermöglichen. Stark investiert wird in den Schulbau.

HESSEN: Seit Schuljahresbeginn gibt es in Hessen so viele Lehrer wie noch nie: 50.400 Stellen, davon sind 150 neu geschaffen worden. Bis Ende September 2012 wollte Kultusministerin Nicola Beer (FDP) festlegen, was an der umstrittenen verkürzten Gymnasialzeit auf acht Jahre (G8) verändert werden kann. Für die Gymnasien soll die Wahlfreiheit geschaffen werden, auch wieder G9 anzubieten. Über die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts zum Schuljahr 2013/2014 soll im Herbst 2012 entschieden werden.

MECKLENBURG-VORPOMMERN: Das Schuljahr begann ohne gravierende Neuerungen. SPD und CDU hatten sich bei der Neuaufgabe ihrer Regierungskoalition im Herbst 2011 darauf verständigt, nach einer Vielzahl von Schulreformen in den Vorjahren zunächst eine Ruhephase einzuschieben. Um die Lehrer zu entlasten, soll aber die Pflicht wegfallen, für alle Schüler Förderpläne zu erstellen. Diese Pläne sind laut Bildungsministerium nur für förderbedürftige Schüler nötig. Der Landeselternrat kritisiert die Einschränkung.

NIEDERSACHSEN: Zum Schuljahresbeginn werden 27 niedersächsische Grundschulen mit der Einführung der inklusiven Schule starten. Behinderte und nicht behinderte Mädchen und Jungen in der ersten Klasse werden hier künftig gemeinsam unterrichtet. Die verbindliche Einführung der inklusiven Schule auch an weiterführenden Schulen wird in Niedersachsen mit Beginn des Schuljahrs 2013/2014 umgesetzt. Zudem werden an Gymnasien und in den Gymnasialzweigen der Kooperativen Gesamtschulen die Größen der 10. Klassen von bislang 32 auf 26 Schüler verkleinert.

NORDRHEIN-WESTFALEN: Hier gehen 42 Sekundarschulen an den Start. In dieser neuen Schulart werden mindestens in den Klassen 5 und 6 alle Kinder gemeinsamen unterrichtet. Zwölf Schulen wollen dies auch ab Klasse 7 konsequent beibehalten. Die übrigen haben sich entschieden, dann entweder nur noch in einzelnen Fächern gemeinsam oder komplett nach unterschiedlichen Bildungsgängen getrennt zu unterrichten. Die Sekundarschule reicht bis zur Klasse 10 und erfüllt auch gymnasiale Standards. Die neue Schulform tritt neben Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen. Insgesamt werden zum neuen Schuljahr rund 300 Schulen in NRW schulformübergreifenden Unterricht anbieten: 244 Gesamtschulen, 42 Sekundarschulen und 12 Gemeinschaftsschulen, die bereits seit Sommer 2011 als Schulversuch laufen. Neu ist auch der islamische Religionsunterricht, den NRW als erstes Bundesland eingeführt hat. Zunächst wird es diesen Unterricht nur an 44 Grundschulen im Land geben, da erst 40 Lehrer für das Fach weitergebildet wurden. Auch ein Lehrplan fehlt noch.

RHEINLAND-PFALZ: Die Schüler der Klassen 5 bis 10 können sich im neuen Schuljahr über weniger Klassenarbeiten freuen. Nach den Worten von Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) sind vor allem in Deutsch, Latein und Mathe weniger Prüfungen geplant, um den Schülern mehr Spielraum für individuelle Förderung zu geben. Beim Lehrkörper wird der Rotstift angesetzt: Um Geld zu sparen will die Landesregierung bis zu 100 Planstellen abbauen. Im Gegenzug soll aber die Zahl der Vertretungslehrer in den kommenden Jahren von derzeit 200 auf rund 1000 Lehrkräfte aufgestockt werden.

SAARLAND: Mit dem Schulbeginn in diesem Sommer fiel auch der Startschuss für ein Reformprojekt: die Gemeinschaftsschule. Ab sofort können Eltern und Kinder nach der Grundschule nur noch zwischen Gymnasium und Gemeinschaftsschule wählen. Der neue Schultyp geht aus einer Verschmelzung von Gesamtschulen und erweiterten Realschulen hervor. Schüler können dort künftig den Hauptschulabschluss, die Mittlere Reife und das Abitur in neun Jahren machen. Das Gymnasium soll weiter in acht Jahren zum Abitur führen. Der Landtag hatte im Juni 2012 mit den Stimmen der großen Koalition grünes Licht für die Reform gegeben. Hauptschulen wurden im Saarland bereits 1996 abgeschafft.

SACHSEN: In Sachsen gibt keine bildungspolitischen Neuheiten. Angesichts des gravierenden Lehrermangels konzentriert sich hier alles auf die Absicherung des Unterrichts zu Schuljahresbeginn.

SACHSEN-ANHALT: Die CDU/SPD-Koalition hat die verbindliche Schullaufbahneempfehlung abgeschafft. Damit können die Eltern nun allein bestimmen, welchen Schultyp ihr Kind nach Abschluss der Grundschule besucht. Die neue Entscheidungsfreiheit hat laut Kultusministerium in Magdeburg nicht zu einem zusätzlichen Ansturm auf die Gymnasien geführt.

SCHLESWIG-HOLSTEIN: Nach Angaben des Ministeriums gibt es keine Neuerungen, die das Schulleben betreffen.

THÜRINGEN: Es gibt keine strukturellen Neuerungen, jedoch haben die ersten Gemeinschaftsschulen ihre Arbeit aufgenommen.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/84995/in-drei-laendern-starten-neue-schularten/>

2.2 Bayern – Immer spätere Einschulung

Immer mehr Kinder in Bayern werden ein Jahr später eingeschult als vorgesehen. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Rückstellungen mehr als verdoppelt. Dem Landesamt für Statistik zufolge wurden im Jahr 2001 etwa 5900 Kinder erst im Alter von sieben Jahren eingeschult. Im vergangenen Jahr waren es bereits mehr als 12 000 Kinder.

Der enorme Anstieg der Rückstellungen hat mehrere Gründe: Viele Eltern wollen ihr Kind dem Schulstress erst später aussetzen, in der Hoffnung, dass es dem Leistungsdruck – unter anderem durch das verkürzte Gymnasium G8 – dann besser standhält. Sie hoffen, dass ihr Kind so einen höheren Bildungsabschluss erreicht. Zudem gibt es heute deutlich mehr Kinder mit Entwicklungsverzögerungen und sprachlichen, motorischen und sozialen Defiziten. Außerdem ist der Anteil der Schulkinder mit ausländischen Wurzeln heute viel höher.

Gerade diesen Kindern sei jedoch nicht damit geholfen, einfach das letzte Kindergartenjahr zu wiederholen oder gar zu Hause bleiben, wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern betont. Sie brauchen vielmehr effektive Förderung, speziell in Deutsch. Verschiedene Studien, etwa des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen, kommen zu dem Ergebnis, dass eine Rückstellung keinerlei Effekte auf Lernerfolge oder die schulische Karriere eines Kindes hat.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/85276/immer-mehr-kinder-werden-spaeter-ingeschult/>

2.3 Sachsen – Bildungsstreit um zukunftsfähige Schulpolitik

Der Bildungsstreit in Sachsen eskaliert. Im Konflikt um eine zukunftsfähige Schulpolitik ist der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Dresdner Landtag, Thomas Colditz zurückgetreten. Aus ähnlichen Gründen hatte bereits Roland Wöller (CDU) im März sein Amt als Kultusminister niedergelegt.

Colditz begründete seinen Schritt am 1. September mit der offiziell unkritischen Haltung seiner Partei zum Koalitionspartner FDP. Dieser halte, unterstützt von den Spitzen in Regierung und CDU, auf Biegen und Brechen an Plänen zur Umgestaltung der Mittel- zur Oberschule fest. Die FDP-Fraktion hatte am 31. August verlangt, für die Oberschule in den nächsten beiden Jahren je 4,25 Millionen Euro zusätzlich im Haushalt einzuplanen. „Das, was jetzt passiert, kann ich nicht mehr mittragen“, sagte Colditz der dpa. „Wir haben in der Bildung wichtigere Baustellen.“ Er verwies auf den gravierenden Lehrermangel, der immer noch schön geredet werde.

Der sächsische Lehrerverband stimmte der Kritik von Colditz zu. „Die jetzigen Pläne zur Oberschule sind keine Qualitätsverbesserung, sondern nur eine Mogelpackung“, sagte der Landesvorsitzende Jens Weichelt. „Mit 55 zusätzlichen Lehrerstellen an allen sächsischen Mittelschulen ist kein besserer Unterricht zu machen.“ Vielmehr hätten zum neuen Schuljahr 880 statt nur 650 neue Lehrer eingestellt werden müssen, um ständigen Unterrichtsausfall zu vermeiden.

FDP-Chef Holger Zastrow betonte: „Zwischen CDU und FDP besteht völliger Konsens, was den Umbau der Mittel- zur Oberschule betrifft.“ Die FDP will die neue Oberschule ab dem Schuljahr 2013/2014 sachsenweit etablieren. Mit der Einführung einer zweiten Fremdsprache und der Einteilung in Leistungsgruppen soll Mittelschülern der Übergang auf ein Gymnasium erleichtert werden. Die Reform war im 2009 Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP vereinbart worden.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Grünen bedauerten den Rückzug von Colditz. Damit verliere die CDU-Fraktion einen hochkarätigen und über Parteigrenzen hinweg anerkannten Fachmann.

Unterdessen demonstrierten rund 15 000 Lehrer am 7. September 2012 vor dem Landtag für eine andere Bildungspolitik. Sie forderten einen Generationen-Tarifvertrag, der über Altersteilzeitregelungen die Einstellung junger Pädagogen ermöglichen soll. „Wir wollen altersgerechtes Arbeiten mit dem Generationswechsel an den Schulen verbinden“, sagte die Vorsitzende der GEW, Sabine Gerold. Die GEW hatte zusammen mit anderen Lehrerverbänden zu einem Warnstreik aufgerufen.

Anlass für die Lehrerproteste war der Auftakt der Beratungen zum Haushalt für die Jahre 2013/2014. Dabei lehnte Finanzminister Georg Unland (CDU) erneut Verhandlungen für einen Generationen-Tarifvertrag ab.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/85162/bildungsstreit-eskaliert-ruecktritt-und-warnstreiks/>

2.4 Berlin – Gute Noten für Gemeinschaftsschulen

Eine Studie, die die Ramböll GmbH in Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg im Auftrag der Berliner Senatverwaltung durchgeführt hat, kommt zu dem Ergebnis, dass die Berliner Gemeinschaftsschulen auch in sozial unterprivilegierten Kiezen beachtliche Erfolge erzielen. Nur in den Naturwissenschaften bleiben einige Gemeinschaftsschulen bislang hinter den Erwartungen zurück.

Gute Lernergebnisse hängen offensichtlich nicht mehr von der sozialen Lage der Schüler ab. In Gemeinschaftsschulen lernen Schüler von der Grundschule bis zur Mittleren Reife oder bis zum Abitur in einer Klasse. Sie wechseln nicht mehr nach der sechsten Jahrgangsstufe je nach Leistung auf Sekundarschulen oder Gymnasien.

Die Pilotphase für Gemeinschaftsschulen in Berlin startete 2008/2009, inzwischen gibt es 21 Schulen und Schulverbünde, die auf das längere gemeinsame Lernen setzen. Kinder werden je nach Leistungsstand gefördert, eigenständiges Lernen spielt eine noch größere Rolle. Lehrer planen ihren Unterricht nicht mehr allein, sondern in Jahrgangs- und Fachteams.

Der erste messbare Erfolg scheint für das Konzept zu sprechen. Zwei Jahre lang haben die Wissenschaftler an 13 Gemeinschaftsschulen die Lernerfolge zwischen der 7. und 9. Jahrgangsstufe gemessen. Sie untersuchten die Klassen dabei auch nach Kriterien wie Muttersprache der Schüler sowie Bildungsabschlüsse und Bücheranzahl der Eltern. Das überraschende Ergebnis: Gemeinschaftsschulen mit überdurchschnittlich vielen Kindern aus sozial unterprivilegierten und eher bildungsfernen Elternhäusern hatten mitunter die besten Lernerfolge – ohne, dass gute Schüler auf der Strecke blieben.

Richtig schlecht schnitt ausgerechnet eine Gemeinschaftsschule in bester sozialer Lage ab. Viele Eltern meldeten ihre Kinder dort wieder ab. Das blieb allerdings eine Ausnahme. Rund 80 Prozent der befragten Eltern sind mit ihrer Gemeinschaftsschule zufrieden und würden sich wieder dafür entscheiden.

Nicht nur Lehrern und Schülern, auch den Eltern wird bei den neuen Lernformen mehr abverlangt. An ausreichendem Elternengagement hapert es nach Einschätzung vieler Lehrer allerdings noch.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/gemeinschaftsschule/wissenschaftl_begleitstudie_gms_2012.pdf?start&ts=1346315871&file=wissenschaftl_begleitstudie_gms_2012.pdf

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/85082/gute-noten-fuer-berlins-gemeinschaftsschulen/>

2.5 Nordrhein-Westfalen – Schulversuch zum längeren gemeinsamen Lernen

Nordrhein-Westfalen startet unter dem Namen PRIMUS zum Schuljahr 2013/2014 einen neuen Schulversuch zum längeren gemeinsamen Lernen. PRIMUS sieht vor, dass an insgesamt 15 Standorten in NRW mit wissenschaftlicher Begleitung erprobt werden soll, ob durch den Zusammenschluss von Grundschulen mit Schulen der Sekundarstufe zu Schulen von Klasse 1 bis 10 die Chancengerechtigkeit verbessert, bessere Schulabschlüsse erzielt und ein wohnortnahes Schulangebot erhalten werden kann. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) hat die Teilnehmerzahl der Schulen, die zum Schuljahr 2013/2014 starten können, auf sieben beschränkt. Weitere Bewerbungen für acht Schulen sind für das Schuljahr 2014/2015 vorgesehen.

Unter wissenschaftlicher Begleitung soll erprobt werden, wie im Hinblick auf die demographische Entwicklung und die sich wandelnde Abschlussorientierung der Eltern weiterhin ein wohnortnahes finanzierbares Schulangebot ermöglicht werden kann. Dabei wird auch untersucht, welche Rolle die unterschiedlichen Ausgangssituationen und Anforderungen in städtischen Ballungszonen einerseits und im ländlichen Raum andererseits spielen.

Der Unterricht wird in allen Klassen ohne äußere Leistungsdifferenzierung integriert in heterogen zusammengesetzten Lerngruppen erteilt. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler. Ziel ist es, Bildungsbiographien ohne Brüche zu ermöglichen. Ebenso wie bei den Sekundarschulen sichern auch die Schulen in diesem Schulversuch durch eine Kooperationsvereinbarung mit der gymnasialen Oberstufe mindestens einer anderen weiterführenden Schule, dass die Schülerinnen und Schüler bei entsprechender Qualifikation dort die allgemeine Hochschulreife erwerben können.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/pm/84395/neuer-schulversuch-vereint-grundschule-mit-weiterfuehrender-schule/>

2.6 Hessen – Einführung von Islam-Unterricht

Die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Hessen rückt näher. Die Opposition fordert allerdings, dass die CDU sich von islamkritischen Äußerungen ihres schulpolitischen Sprechers Hans-Jürgen Irmer distanziert. Zwischen CDU und FDP ist der Islamunterricht umstritten.

Einem verfassungsrechtlichen Gutachten zufolge kommen die hessischen Landesverbände der türkischen Ditib und der Ahmadiyya als Partner des Staates beim konfessionellen Islamunterricht infrage. Trotz eines positiven Votums des Gutachtens gibt es Kultusministerin Nicola Beer (FDP) zufolge aber noch Fragen, die mit Ditib und Ahmadiyya geklärt werden müssen. Dabei gehe es um Mitgliederlisten, um die Kontinuität der Organisationen, bei der hessischen Ditib auch um Unabhängigkeit von Ankara und von der deutschen Zentrale in Köln.

Alle Unterrichtsinhalte müssten verfassungskonform sein. Die Kultusministerin forderte deshalb, Ditib und Ahmadiyya sollten den Rahmenlehrplan unterzeichnen, den der Runde Tisch zum Islamunterricht für die Grundschulen ausgearbeitet hat. Im Sommer 2013 sollte der Religionsunterricht dann möglichst an 25 Schulen beginnen.

Der schulpolitische Sprecher der CDU Irmer hatte behauptet, die Ditib werde von der Türkei gesteuert und könne deshalb keinen Religionsunterricht tragen. Wenn sich die islamischen Organisationen jetzt wandelten, sei das Verstellung. Der Koran erlaube die Täuschung Andersgläubiger. Die Opposition im hessischen Landtag hielt dem entgegen, Irmer verunglimpfe damit eine ganze Religion (SPD), er leiste rechtsextremem Denken Vorschub (Die Linke) bzw. es sei bislang nicht erkennbar, wessen Wort zum Islamunterricht eigentlich gelte: das der Regierung oder das von Hans-Jürgen Irmer (B90/Die Grünen).

Seitens der CDU wird die Auffassung vertreten, es müsse erlaubt sein, die von Irmer aufgeworfenen Fragen zu stellen. Bei der Ditib gebe es Fragezeichen, generell sei beim Islamunterricht Vorsicht angebracht.

Angesichts des internen Konflikts formulierte die schwarz-gelbe Koalition den Kompromiss, dass der Islamunterricht kommen soll, ja sogar kommen muss, wenn die Religionsgemeinschaften darauf Anspruch haben. Nötig sei aber ein „legitimierter Ansprechpartner“. Für die Koalition stehe fest, dass eine Einflussnahme anderer Staaten auf den Religionsunterricht selbstverständlich ausgeschlossen sei.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/84939/vor-islamunterricht-streit-wegen-cdu-mann/>

2.7 Rheinland-Pfalz – Verschärfung des Schulgesetzes

Nach dem Freispruch für einen Lehrer, der Sex mit einer minderjährigen Schülerin hatte, will Rheinland-Pfalz das Schulgesetz verschärfen. Das Kabinett billigte am 14. August 2012 einen Gesetzentwurf, der allen Lehrkräften sexuelle Kontakte zu Schülern verbietet.

„Sexuelle Beziehungen zu Schülerinnen und Schülern sind mit dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule nicht vereinbar“, betonte Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD). Allerdings geht es nicht um Sanktionen im Beamten- oder Strafrecht, denn dies ist eine bundesweite Angelegenheit.

Die Debatte war wegen eines Falls in Rheinland-Pfalz aufgeflammt. Ein Mann, der im Kreis Neuwied als Hauptschullehrer arbeitete, wurde im Vorjahr vom Landgericht Koblenz zu zwei Jahren Haft auf Bewährung wegen des Missbrauchs von Schutzbefohlenen in 22 Fällen verurteilt. Er hatte 2007 ein sexuelles Verhältnis mit einer damals 14-jährigen Schülerin begonnen.

Das Oberlandesgericht Koblenz sprach den Mann im Dezember 2011 frei. Die Schülerin gehörte nicht unmittelbar zur Klasse des Lehrers. Die Justizministerkonferenz hatte im Juni darauf hin beschlossen, eine Änderung des Strafrechts zu prüfen, um Schüler besser vor sexuellem Missbrauch zu schützen.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/84940/mainz-will-schulgesetznovelle-mit-sex-verbot/>

2.8 Saarland – Zwei-Säulen-Schulsystem

Für die im Mai 2012 neu ins Amt gekommene saarländische Regierung soll Bildung weiterhin Vorrang haben. Auch wird ein „Schulfrieden im Sinne von Ruhe im System“ angestrebt. Die unter der Jamaika-Koalition beschlossene Schulstruktur mit Gymnasium und Gemeinschaftsschule soll beibehalten, die Zahl der Ganztagschulen erhöht und der Unterrichtsausfall verringert werden. Im Zuge der Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von behinderten Menschen soll ein echtes Wahlrecht zwischen Regelschulen und Förderschulen sichergestellt werden.

Ab dem Schuljahr 2012/2013 wird mit dem Start der Gemeinschaftsschule flächendeckend ein Zwei-Säulen-System im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen eingeführt. Damit sollen u.a. auch Strukturdebatten beendet und die Qualität der Bildung in den Mittelpunkt gestellt werden. Die neuen Gemeinschaftsschulen bieten alle Bildungsabschlüsse an – inklusive dem Abitur nach neun Jahren; sie sind somit eine Alternative zum grundständigen achtjährigen Gymnasium. Die beiden unterschiedlichen Schulformen Gymnasium und Gemeinschaftsschule werden als gleichwertig angesehen.

In den kommenden Jahren soll vor allem das Angebot an Gebundenen Ganztagschulen, in denen der Pflichtunterricht auf Vor- und Nachmittag verteilt ist, ausgebaut werden. Um die Ausbauschritte zu erleichtern, soll die Einrichtung Gebundener Ganztagschulen für die Kommunen Pflichtaufgabe werden.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/83551/saarbruecken-steht-zu-zwei-saeulen-schulsystem/>

2.9 Sachsen-Anhalt – Einführung von Gemeinschaftsschulen

In der Auseinandersetzung um die Einführung von Gemeinschaftsschulen in Sachsen-Anhalt hat sich die schwarz-rote Koalition am 23. April 2012 auf wichtige Kompromisse geeinigt. Künftig sollen Gemeinschaftsschulen zum Beispiel auch wieder in normale Schu-

len zurückverwandelt werden können, wenn die Antragsteller dies nach einigen Jahren wünschen. Der Beförderungsanspruch für Schüler zum Gymnasium soll zudem bestehen bleiben – selbst dann, wenn eine Gemeinschaftsschule viel näher liegt.

Die neue Schulform soll gleichberechtigt neben Gymnasium, Sekundarschule und Förderschule stehen. Die ersten Gemeinschaftsschulen könnten zum Schuljahr 2013/2014 ihre Arbeit aufnehmen. Geplant ist, dass bestehende Schulen ihre Umwandlung gemeinsam mit den Trägern beschließen. Möglich soll auch sein, dass sich verschiedene Schulen zusammenschließen, um eine Gemeinschaftsschule zu bilden. Wie viele Schulen tatsächlich zur Umwandlung bereit sind, ist jedoch nicht vorherzusagen. Die Gemeinschaftsschulen führen in der Regel die Klassen 5 bis 12, dort kann grundsätzlich jeder allgemeinbildende Abschluss erworben werden.

Im Koalitionsvertrag hatten CDU und SPD die Einführung der Gemeinschaftsschule vereinbart. Die CDU hegt jedoch noch immer große Vorbehalte. Die Novellierung des Schulgesetzes sieht neben der Gemeinschaftsschule auch eine zusätzliche Hürde für neue Schulen privater Träger vor. Bislang konnten Träger, die schon Schulen betrieben, die dreijährige Wartezeit auf staatliche Förderung verringern. Das solle künftig nicht mehr möglich sein. Sachsen-Anhalt will Neugründungen von freien Schulen nicht weiter fördern.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/83476/magdeburg-bringt-gemeinschaftsschulen-auf-den-weg/>

2.10 Bayern – Sitzenbleiben

In Bayern gibt es europa- und deutschlandweit die höchste Zahl an Sitzenbleibern, davon die meisten in den Jahrgangsstufen 8 und 9. Im vergangenen Schuljahr mussten mehr als 50.000 bayerische Schüler ein Schuljahr wiederholen. Der Vorsitzende des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Sitzenbleiben, wie zahlreiche Untersuchungen belegen, nicht sinnvoll ist, sondern eher schadet. Die Leistung wird in der neuen Klasse meist nicht besser, sondern fällt häufig weiter ab. Weil die Wiederholer den Unterricht erst einmal locker sehen, verpassen sie im Laufe des Schuljahres wieder den Anschluss.

Andere Länder wie z.B. Großbritannien, die USA, Japan oder Finnland kommen ohne Ehrenrunden aus, ohne dass die Schüler dort schlechter wären. In Finnland stehen zwei bis drei Lehrer pro Klasse zur Verfügung, sodass die schwächeren Schüler gefördert werden können und die stärkeren zusätzliche Angebote bekommen.

Das Argument, das alles koste zu viel Geld, zieht nicht. Sitzenbleiben kostet auch Geld, und zwar 5.000 Euro pro Schüler für ein Schuljahr. 2010/2011 sind etwa 160.000 Schüler sitzen geblieben – das entspricht Kosten von 800 Millionen Euro.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/83837/sitzen-bleiben-bringt-nichts>

2.11 Nordrhein-Westfalen – Neues Übergangssystem

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Flächenland ab dem Schuljahr 2012/2013 entsprechend dem Beschluss des 'Ausbildungskonsens' von 2011 einen landesweiten und systematischen Übergang von der Schule in die Ausbildung eingeführt. Das Umsetzungskonzept zu diesem Beschluss wurde in vier Arbeitsgruppen des Arbeitskreises 'Ausbildungskonsens' erarbeitet.

Mit dem neuen Übergangssystem Schule – Beruf in NRW sollen die Jugendlichen frühzeitig bei der Berufsorientierung, der Berufswahl und beim Eintritt in eine Ausbildung unterstützt werden. Ziel ist es, den Jugendlichen nach der Schule möglichst rasch eine Anschlussperspektive für die Berufsausbildung oder das Studium zu eröffnen und durch ein effektives, kommunal koordiniertes Gesamtsystem unnötige Warteschleifen zu vermeiden.

Das System mit allen seinen Elementen wird schrittweise umgesetzt. Begonnen wurde die Umsetzung zunächst in sieben Referenzkommunen (den Städten Bielefeld, Dortmund, Mülheim, der Städte-Region Aachen, den Kreisen Borken, Siegen-Wittgenstein sowie dem

Rheinisch-Bergischen Kreis); später soll es landesweit implementiert werden. Die kommunalen Koordinierungsstellen werden fachlich von der G.I.B. begleitet.

Näheres siehe unter:

<http://www.gib.nrw.de/service/specials/uebergangssystem-nrw>

Quelle:

LAG KJS NRW: Abo jugendsozialarbeit.info Nr. 323 / 2012

2.12 Hamburg – Einrichtung von Jugendberufsagenturen

Bereits im Februar 2011 hat die Bürgerschaft die Reform der beruflichen Bildung durch einstimmigen Beschluss gesetzlich verankert und festgelegt, das neue Übergangssystem so zu gestalten, dass der Anschluss und eine verlässliche Begleitung in weiterführende Bildung, Ausbildung, Studium und Beschäftigung gewährleistet werden. In einem Rahmenkonzept für das Hamburger Übergangssystem wurden dabei folgende Ziele festgeschrieben: (a) Erhöhung der Bildungsbeteiligung aller Jugendlichen, unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft; (b) nachhaltige Verbesserung der Lernerfolge und der Ausbildungsreife; (c) Schülerinnen und Schüler sollen lernen, die eigene Bildungs- und Berufsbiografie aktiv zu gestalten; (d) enge Vernetzung der Übergänge zwischen den allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Ausbildung in den Betrieben, bei den Ausbildungsträgern und den beruflichen Schulen. Vorrangiges Ziel der Reform des Hamburger Übergangssystems, zu dem auch Produktionsschulen gehören, ist es, möglichst viele Jugendliche auf direktem Wege in die duale Ausbildung zu integrieren.

Ergänzend zu der gesetzlichen Verankerung des Rahmenkonzepts wurde mit der Einrichtung einer Jugendberufsagentur in jedem der sieben Hamburger Bezirke – die beiden ersten sind im September 2012 eröffnet worden – eine neue Struktur geschaffen, durch die die Aufgaben und Leistungen der bislang getrennten Fördersysteme neu kombiniert werden. Dadurch steht Jugendlichen auf ihrem Weg in Ausbildung und Beschäftigung ein umfassendes, nicht auf einzelne Rechtskreise begrenztes Beratungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.

Jugendberufsagenturen sollen alle schul- und berufsschulpflichtigen Jugendlichen so lange aktiv ansprechen, bis sie eine Ausbildung begonnen und abgeschlossen bzw. eine Beschäftigung aufgenommen haben. Durch eine verbindliche, Institutionen übergreifende und kontinuierliche Vernetzung der beteiligten Akteure und die gemeinsame Planung und Abstimmung der Maßnahmen zur Berufsvorbereitung, Ausbildung und Absicherung des Ausbildungserfolgs sollen eine kohärente Förderstruktur möglich und Doppelförderung sowie Förderlücken vermieden werden.

Näheres unter:

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2012). Einrichtung einer Jugendberufsagentur in Hamburg. Drucksache 20/41195 vom 15.05.2012

Die Drucksache kann heruntergeladen werden unter:

http://www.uebergangschuleberuf.de/site/objects/drucksache_jugendberufsagentur.pdf

(3)**Ergebnisse neuer bildungspolitischer Studien****3.1 Ländervergleich zum Leistungsstand der Grundschüler**

Petra Stanat/Hans Anand Pant/Katrin Böhme/Dirk Richter (Hrsg.): Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik. Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs 2011. Waxmann: Münster 2012

Die vom Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) 2011 durchgeführte Studie hatte den Auftrag, das Erreichen der von der KMK beschlossenen Bildungsstandards zu überprüfen und diese weiterzuentwickeln. Die Bildungsstandards für den Primarbereich bilden die Referenzgröße beim Ländervergleich. Dieser untersucht, inwieweit die vereinbarten Zielvorgaben etwa zehn Jahre nach ihrer Verabschiedung erreicht werden.

Mit dieser Studie stehen erstmalig differenzierte Informationen über den Erfolg des Deutsch- und Mathematikunterrichts im Primarbereich in den einzelnen Bundesländern zur Verfügung. Bei den vorliegenden Ergebnissen handelt es sich allerdings um punktuelle Bestandsaufnahmen, die zukünftig alle fünf Jahre wiederholt und fortgeschrieben werden.

Insgesamt zeigt sich der Untersuchung zufolge ein hoher Leistungsstand der Grundschülerinnen und -schüler. Diese erfüllen zu einem überwiegenden Teil die für die Grundschule gesetzten Leistungserwartungen oder übertreffen sie sogar. Allerdings gibt es auch bereits in der Grundschule Leistungsunterschiede nach sozialer Herkunft, Zuwanderungshintergrund und Geschlecht. Zwar unterscheiden sich die sozialen Ausgangslagen in den einzelnen Bundesländern, doch in allen Ländern ist ein substanzieller Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den erreichten Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern festzustellen. Je niedriger der soziale Status der Eltern, desto schwächer ausgeprägt die erreichten Kompetenzen.

Im Jahr 2013 werden dann die Ergebnisse der zentralen Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards im Ländervergleich in den Fächern Mathematik, Biologie, Chemie und Physik (Sekundarstufe I) vorgestellt.

Eine Zusammenfassung der einzelnen Ergebnisse findet sich unter:
www.iqb.hu-berlin.de/laendervergleich

Quelle:

<http://bildungsklick.de/pm/85474/insgesamt-hoher-leistungsstand-der-schuelerinnen-und-schueler-im-primarbereich/>

3.2 Wie kommen Übergangsempfehlungen nach der Grundschule zustande?

Cornelia Gresch: Migrantenkinder auf dem Weg zum Abitur: Wie kommen die Übergangsempfehlungen nach der Grundschule zustande? WZB Brief Bildung vom 21. Mai 2012

Bei vergleichbaren Leistungen und ähnlichem sozialem Hintergrund werden Migrantenkinder mindestens so oft ans Gymnasium empfohlen wie ihre deutschstämmigen Mitschüler. Zu diesem Ergebnis kommt Cornelia Gresch, Bildungsforscherin am WZB. Gleichzeitig bestätigt ihre Studie, dass Kinder mit Migrationshintergrund am Ende der Grundschule seltener eine Empfehlung fürs Gymnasium erhalten als andere. Dies ist ausschließlich auf ihren häufig niedrigeren sozialen Status und ihre geringeren schulischen Kompetenzen zurückzuführen. Ethnische Diskriminierung ist an dieser Stelle der Bildungsbiografie offensichtlich nicht direkt nachweisbar.

Die Studie wurde auf der Datenbasis der TIMSS-Übergangsstudie von 2007 am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung erarbeitet. Viertklässler, Eltern und Lehrkräfte wurden vor dem Wechsel in die weiterführende Schule befragt, die Kompetenzen der Kinder wurden über standardisierte Tests erhoben. Die Autorin weist nach, dass die Übergangsempfehlung bei Kindern, die mit ihren Eltern nach Deutschland zugewandert sind, gerade im Fach Deutsch weniger an die Noten gekoppelt sind als bei Kindern ohne Migrationshin-

tergrund. Offenbar berücksichtigen manche Lehrkräfte die schwierigere Ausgangslage dieser Schülerinnen und Schüler.

Für die Autorin ist diese intuitive Anerkennung der verschiedenen Startpositionen von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund erfreulich, aber nicht ausreichend. Ihrer Ansicht nach brauchen Lehrkräfte und Eltern transparente Kriterien für die Vergabe der Grundschulempfehlung.

Die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse kann heruntergeladen werden unter:

http://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzbrief/wzbriefbildung212012_gresch.pdf

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/83904/grundschulempfehlung-abhaengig-vom-sozialstatus/>

3.3 Abschlussbericht zum Pilotprojekt „Dritter Weg in NRW“

Unter dem Titel „Flexibel, individuell, erfolgreich – Eine Bilanz nach fünf Jahren Landespi-
lotprojekt 3. Weg in der Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen“ ist vor kurzem der
Abschlussbericht der fachlichen Begleitung dieses Landespi-
lotprojektes als Heft 44 der
Reihe G.I.B.-Arbeitspapiere erschienen. Der Bericht basiert auf einer Auswertung der
Teilnehmenden-Datenbank, auf praktischen Umsetzungserfahrungen und Bewertungen
des Pilotprojekts sowie auf zahlreichen Interviews mit Bildungscoachs, Lehrerinnen und
Lehrern, Auszubildenden und anderen Akteuren. Er dokumentiert die Ergebnisse in den
Handlungsfeldern Flexibilisierung und Individualisierung der Ausbildung, Umsetzung von
Ausbildungsbausteinen, Bildungscoaching, Lernortkooperation mit Berufskollegs und mit
Betrieben sowie fallbezogene regionale Zusammenarbeit.

Der Abschlussbericht kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.gib.nrw.de/service/downloads/flexibel-individuell-erfolgreich-eine-bilanz-nach-fuenf-jahren-landespilotprojekt>

Quelle:

http://www.gib.nrw.de/arbeitsbereiche/jugend_und_beruf/3_weg/abschlussbericht-der-fachlichen-begleitung-erschiene

3.4 Studie über Bildungsungleichheit und Aufstiegsangst

Steffen Schindler: Aufstiegsangst. Eine Studie zur sozialen Ungleichheit im historischen Zeitverlauf.
Hrsg. Vodafone Stiftung Düsseldorf, September 2012

Unter dem Titel „Deutschland vergeudet zu viel Talent“ hat die Vodafone-Stiftung eine
neue Bildungsstudie veröffentlicht. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass von Chancen-
gleichheit in Deutschland keine Rede sein kann. Kinder aus bildungsfernen Familien
schaffen es in Deutschland viel seltener ans Gymnasium und ins Studium als Mitschüler
aus dem Bildungsbürgertum. Selbst wer sich das Abitur erkämpft hat, setzt lieber auf
eine Berufsausbildung.

Näheres siehe unter:

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/abiturienten-aus-bildungsfernen-familien-studieren-seltener-a-854507-druck.html>

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.vodafone-stiftung.de/scripts/getdata.php?DOWNLOAD=YES&id=16875>

3.5 Studie zu Strukturreformen gegen Bildungsarmut

Jutta Allmendinger: Schulaufgaben. Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren
Kindern gerecht zu werden. Pantheon Verlag: München, September 2012, 304 Seiten.

Anhand der Biografien ihrer vier jungen Freunde Laura, Erkan, Alex und Jenny analysiert
die Bildungsforscherin Jutta Allmendinger die Bildungs- und Sozialpolitik in Deutschland.
Gemeinsam besuchen die vier Freunde den Kindergarten. Mit der Einschulung müssen sie
sich trennen, und ihre Bildungswege führen sie je nach Elternhaus weit auseinander: ei-
nen von ihnen in die internationale Bildungselite, eine andere in den sozialen Brenn-
punkt.

Allmendinger beschreibt am Beispiel der vier Freunde exemplarisch die konkreten Folgen von Familienpolitik und des Bildungssystems auf Kinder unterschiedlicher Herkunft und bietet dabei einen scharfen Blick auf die kritischen Übergänge von Krippe über Kita bis Schulende.

Die vier Freunde stehen stellvertretend für viele: Laura besucht eine Förderschule, Erkan stammt aus einer türkischen Familie, Alex kommt aus einem Akademikerhaushalt, Jennys Mutter ist allein erziehend. Die Vier lernen sich in ihrer Kita kennen, denn die Kita ist meist frei wählbar. Für die Schule gilt der Wohnbezirk – und schon geht's los mit der Selektion des Schulsystems und der Abschottung der sozialen Kreise, wie Allmendinger zeigt.

Die Schule verstärkt die ungleichen Startchancen der Kinder sogar noch. Deshalb muss man ihr zufolge die Systemfrage nochmals stellen. In Deutschland sind Mehrgliedrigkeit und Bildungsarmut bis heute ideologisch besetzte und umkämpfte Felder. Dem hält sie nicht nur das Recht auf Bildung entgegen, sondern auch Fakten aus der Bildungsökonomie. Denn früh an einer Ausbildung zu sparen, kostet den Staat zeitversetzt Millionen.

Bildungspolitik ist, so Allmendinger, nicht nur als Kulturpolitik, sondern als eine Querschnittsaufgabe zu verstehen, die auch stark die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik berührt. Sie kritisiert die Kleinstaaterei in der Bildung, fordert eine gesamtstaatliche Bildungsplanung und eine Bildungspolitik aus einem Guss. Schulen, Jugendämter, Jugendzentren und Jobcenter müssten viel enger zusammenarbeiten. Finanzschwache Bundesländer und Brennpunktschulen müssten mehr Geld bekommen. Für Lehrer sollte eine Weiterbildungsoffensive gestartet werden.

Allmendinger verweist auch auf positive Ansätze: vorbildliche Schulen wie jene, die mit dem Deutschen Schulpreis der Robert Bosch Stiftung ausgezeichnet wurden, oder Modelle für die Vernetzung von Schulen. Doch um Bildungsarmut wirksam zu verhindern, seien Strukturreformen unerlässlich.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/85555/allmendinger-fordert-strukturreformen-gegen-bildungsarmut/>

3.6 AWO-ISS-Armutsstudie

„Von alleine wächst sich nichts aus ... - Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I“. Abschlussbericht der Langzeitstudie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. 263 Seiten. Berlin

Die seit 1997 durchgeführte AWO-ISS-Studie „Lebenssituation und Zukunftschancen von (armen) Kindern und Jugendlichen“ (kurz: AWO-ISS-Studie) liefert einen reichen Fundus an Forschungsdaten, der genaueren Einblick und breites Wissen über das Aufwachsen junger Menschen unter Armutbedingungen in Deutschland ermöglicht.

Sie liefert für Praxis, Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit grundlegende Informationen zu Fragen wie:

- welche Wirkung familiäre (Einkommens)Armut auf „Wohlergehen“ in Kindheit und mittlerer Jugend hat,
- welche Langzeitwirkung sich ab früher Kindheit bei Betroffenen manifestiert,
- welche Dynamiken sich im Lebensverlauf der jungen Menschen ergeben und
- welches individuelle Bewältigungshandeln erkennbar ist sowie
- welcher gesellschaftliche Handlungsbedarf besteht?

All das geschieht anhand empirischer Primäranalysen über armutsbetroffene junge Menschen im Vergleich zu ihren ökonomisch besser gestellten Altersgenossen. Die aktuelle Erhebung ist eine Wiederholungsbefragung von 1993 geborenen und 1999 erstmals befragten Kindern, die damals in 60 bundesweit verteilten AWO-Kindertageseinrichtungen betreut wurden. Die Studie ist die zweite Wiederholungsbefragung – nach 2003/04 – und umfasst Informationen zu 449 Jugendlichen – nun im Alter von 16 und 17 Jahren. Damit wurden 50% der ehemals 893 Sechsjährigen wieder erreicht.

Der vorliegende Abschlussbericht umfasst die Gesamtphase der AWO-ISS-Armutsstudie.

Die Studie kann per E-Mail beim AWO-Verlag (verlag@awo.org) unter der Vertriebsnummer 02084 zum Preis von 18 Euro zuzüglich Versandkosten sowie über den Buchhandel (ISBN 978-3-9815319-1-6) bestellt werden.

Die wichtigsten Ergebnisse können heruntergeladen werden unter:

[http://www.awo-informationsservice.org/index.php?id=497&tx_ttnews\[tt_news\]=4039&cHash=a2450550ac156d631bfef3f1cfde1865](http://www.awo-informationsservice.org/index.php?id=497&tx_ttnews[tt_news]=4039&cHash=a2450550ac156d631bfef3f1cfde1865)

3.7 Studie zu „Ausbildungsreife“ und den bildungspolitischen Implikationen

Rolf Dobischat/ Gertrud Kühnlein/ Robert Schurgatz: Ausbildungsreife – Ein umstrittener Begriff beim Übergang Jugendlicher in eine Berufsausbildung. Hrsg. Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitspapier 189. Düsseldorf, Mai 2012

Die Studie ist ein kritischer Beitrag zur Debatte um den Begriff der „Ausbildungsreife“ und den damit verknüpften bildungs- und sozialpolitischen Implikationen. Sie hat die wissenschaftliche und bildungspolitische Literatur zum Thema „Ausbildungsreife“ ausgewertet und auf ihre empirische Evidenz hin überprüft sowie die bildungspolitische Umsetzung des Konzepts einer genaueren Analyse unterzogen.

Dabei ist die Studie folgenden Fragen nachgegangen: (1) Lässt sich das Konstrukt „Ausbildungsreife“ wissenschaftlich begründen? (2) Welche Aussage lassen sich auf Basis empirischer Studien zur „Ausbildungsreife“ der Jugendlichen treffen? (3) Welche bildungsbiografischen Konsequenzen hat eine auf dem Begriff „Ausbildungsreife“ gegründete Sortierlogik? (4) Welche politische Funktion erfüllt die Debatte um „Ausbildungsreife“ und welche dahinter stehenden strukturellen Probleme werden dadurch kaschiert?

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass mit der Etablierung des Begriffs der „Ausbildungsreife“ im bildungs- und beschäftigungspolitischen Diskurs eine begriffliche Demarkationslinie gezogen worden ist, die zu einem sehr frühen Entwicklungszeitpunkt über den weiteren Bildungsweg und spätere Berufschancen vieler Jugendlicher entscheidet.

Um die empirische Aussagekraft eines vermeintlichen Leistungsverfalls und mangelnder „Ausbildungsreife“ der jüngeren Schülerkohorten zu überprüfen, wurden einschlägige Studien ausgewertet und die bisherigen Versuche zur Operationalisierung von „Ausbildungsreife“ im Hinblick auf ihre Brauchbarkeit zusammenfassend begutachtet. Außerdem wurde die aktuelle Debatte um „Ausbildungsreife“ vor dem Hintergrund der politischen Weichenstellungen in den Jahren 2004/2005 ins Blickfeld genommen. Diese stellen einen Wendepunkt der deutschen Arbeits- und Sozialpolitik dar und markieren zugleich einen Vorzeichenwechsel in der Benachteiligtenförderung. Die inhärente Sortierlogik des Begriffs „Ausbildungsreife“ wurde am Beispiel der Initiative der Bertelsmann Stiftung „Übergang mit System“ einer kritischen Bewertung unterzogen.

Die vorliegende Studie macht deutlich, dass es sich bei dem Schlagwort „Ausbildungsreife“ um einen äußerst diffusen Begriff handelt, der sich einer wissenschaftlich fundierten Operationalisierung entzieht. Die Debatte über das Leistungsvermögen der nachwachsenden Generation ist vielmehr mit einer klaren politischen Funktion versehen: durch die Kritik an der „Ausbildungsreife“ vieler Jugendlicher werden Strukturprobleme des Ausbildungssystems pädagogisiert und interessenpolitisch zur Legitimation des Status quo auf dem Lehrstellenmarkt eingesetzt. Gleichzeitig werden damit bildungspolitisch fragwürdige staatliche Interventionen und Institutionen wie das berufliche Übergangssystem legitimiert. Aus diesem Grund bewerten die Autoren eine Trennung von Jugendlichen nach dem Kriterium der „Ausbildungsreife“, wie sie derzeit in der groß angelegten Initiative „Übergang mit System“ der Bertelsmann Stiftung vollzogen wird, bildungs- und sozialpolitisch als skandalös.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.boeckler.de/xpublication.xml?source=hbs&id=HBS-005274>

3.8 Studie zu den Kosten einer Ausbildungsgarantie

Klaus Klemm: Was kostet eine Ausbildungsgarantie in Deutschland? Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2012

Die von Klaus Klemm im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführte bildungsökonomische Untersuchung hat sich mit der Frage beschäftigt, was eine staatliche Ausbildungsgarantie für Jugendliche, die im herkömmlichen dualen System nicht unterkommen, kosten würde. Eine solche Ausbildungsgarantie wurde von der Initiative „Übergänge mit System“ vorgeschlagen.

Die Berechnungen ergaben, dass für eine Ausbildungsgarantie – ohne Berücksichtigung von Ausbildungsvergütungen und Sozialversicherungsbeiträgen – bundesweit pro Jahr Ausgaben in Höhe von maximal 1,5 Mrd. Euro anfallen. Das entspricht 11.000 Euro für jeden, der erst aufgrund der Ausbildungsgarantie einen Platz erhält. Sollten die Unternehmen in Zukunft mehr Ausbildungsplätze anbieten als bisher, würden die Ausgaben für eine Ausbildungsgarantie niedriger ausfallen als 1,5 Mrd. Euro pro Jahr. Aber auch wenn die Anzahl der von der Wirtschaft angebotenen Ausbildungsplätze konstant bleibt, rentiert sich langfristig der Mehraufwand für eine Ausbildungsgarantie. Denn im Verlauf von 35 Jahren stehen der Investition von 11.000 Euro pro zusätzlichen Teilnehmer Einsparungen von insgesamt 22.000 Euro gegenüber: durch höhere Einnahmen aus Lohnsteuer und Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung ebenso wie durch sinkende Ausgaben für Arbeitslosengeld und Sozialleistungen.

Klemm kommt zu dem Ergebnis, dass eine Ausbildungsgarantie nicht nur ein rentables Instrument zur Sicherung des Fachkräftebedarfs ist, sondern auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leistet, wie er am Vergleich der Ausgaben für verschiedene Bildungskarrieren zeigt. Eine Bildungskarriere von der Grundschule bis zum Abschluss einer öffentlich geförderten Ausbildung kostet 85.000 Euro. Von dieser Ausbildung profitieren vor allem benachteiligte Jugendliche. Das ist noch deutlich günstiger als die 120.000 Euro, die eine Bildungskarriere bis zum Universitätsabschluss kostet.

Näheres siehe unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_113546.htm

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0CCoQFjAB&url=http%3A%2F%2Fwww.bertelsmann-stiftung.de%2Fcps%2Frde%2Fxbcr%2FSID-10019D62-8180F40D%2Fbst%2Fxcms_bst_dms_36465_36471_2.pdf&ei=y12SUPeYKajk4QScz4CwAw&usq=A FQjCNGlLqLAluNzbBLUOjlvMicrSfGEm-A&cad=rja

3.9 Studie zur Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems

Gabriele Bellenberg: Schulformwechsel in Deutschland. Durchlässigkeit und Selektion in den 16 Schulsystemen der Bundesländer innerhalb der Sekundarstufe I. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2012

Eine soeben erschienene Studie zur Durchlässigkeit der Schulsysteme, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstellt wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass auf einen Schulaufsteiger in Deutschland mehr als zwei Absteiger kommen. So wurden im Schuljahr 2010/2011 rund 50.000 Schüler zwischen Klasse 5 und Klasse 10 auf eine niedrigere Schulform herabgestuft. Das bedeutet, aus durchschnittlich jeder zweiten Realschul- und Gymnasialklasse wurde ein Schüler abgeschult. Lediglich rund 23.000 Schülern gelang ein Aufstieg.

Die Aufstiegschancen und der Anteil der Schulformwechsler unterscheiden sich für die einzelnen Bundesländer allerdings erheblich, jedoch lässt sich allein von der Struktur eines Schulsystems nicht eindeutig auf dessen Durchlässigkeit schließen. So wechseln in Baden-Württemberg zwischen der fünften und zehnten Klasse (Sek I) jährlich nur 1,3 Prozent der Schüler die Schulform, in Bremen sind es 6,1 Prozent.

Die Häufigkeit von Schulformwechseln sagt nichts aus über das Verhältnis zwischen Auf- und Absteigern. Länder mit seltenen Schulformwechseln haben teils ein günstiges (Baden-Württemberg 1 zu 1,5), teils ein ungünstiges (Nordrhein-Westfalen 1 zu 5,6) Verhältnis zwischen Auf- und Absteigern. Ähnlich große Unterschiede zeigen sich unter den Ländern mit häufigen Schulformwechseln: In Bremen kommen auf einen Aufsteiger lediglich 2,4 Absteiger, während die Schulen in Berlin rechnerisch pro Aufsteiger sieben Schüler herabstufen.

Das bundesweit ungünstigste Verhältnis zwischen Auf- und Absteigern weist das niedersächsische Schulsystem auf, wo auf einen Aufsteiger mehr als zehn Absteiger kommen. Mehr Auf- als Absteiger (1 zu 0,9) gibt es nur in einem einzigen Bundesland, in Bayern. Dort allerdings entsteht, wie die Studie zeigt, das vermeintliche Plus an Aufstiegschancen erst aufgrund des restriktiven Übergangs von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen. Jeder zweite Schulaufsteiger in Bayern wechselt nach der fünften Klasse von

Haupt- oder Realschule auf eine höhere Schulform, startet dort jedoch erneut in Klasse fünf. Diese Schüler bezahlen folglich den Schulaufstieg mit einer Klassenwiederholung.

Weitere Informationen sowie die einzelnen Länderberichte finden sich unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xml/nachrichten_113951.htm

Die Gesamtstudie kann heruntergeladen werden unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-E6F4D828-D5DD6423/bst/xcms_bst_dms_36755_36756_2.pdf

3.10 Studie zu Bildungschancen vor Ort

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI): Berechnungen und wissenschaftliche Auswertungen im Rahmen des DCV-Projektes „Bericht über Bildungschancen vor Ort“. Endbericht – Forschungsprojekt des Deutschen Caritasverbandes. November 2011.

Das RWI hat im Auftrag des Deutschen Caritasverbandes den Zusammenhang zwischen dem Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss auf Ebene der Kreise und einer Reihe von sozioökonomischen Aspekten untersucht. Die Grundlage des vorliegenden Berichts bilden vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Kreisdaten, die auf amtlichen Statistiken der Länder und des Bundes sowie der Bundesagentur für Arbeit beruhen. Bezugszeitpunkt ist das Jahr 2009. Zum genannten Zeitpunkt gab es in Deutschland 412 Kreise, inklusive Berlin und Hamburg, von denen 411 in der Analyse berücksichtigt werden.

Die Untersuchung zeigt, dass das BIP, die allgemeine Arbeitslosenquote, das Qualifikationsniveau der Beschäftigten und der Anteil der ausländischen Schüler/innen sowie der Schüler/innen in Sonder- und Förderschulen in einem Kreis signifikant mit dem Erwerb eines Schulabschlusses bzw. dem Schulabgang ohne Abschluss zusammenhängen. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit ohne Schulabschluss abzugehen stark davon beeinflusst wird, in welchem Bundesland ein Schüler die Schule besucht.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-projektberichte/PB_Bildungschancen-vor-Ort.pdf

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/84485/mancherorts-hat-jeder-5-schueler-keinen-abschluss/>

3.11 Jugendstudie 2012 der IG Metall

IG Metall Studie Junge Generation: „Persönliche Lage und Zukunftserwartungen der jungen Generation 2012“. TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall. Juni 2012

Die IG Metall Jugendstudie 2012 weist darauf hin, dass sich die Chancen junger Erwerbstätiger auf eine sichere berufliche Zukunft trotz wirtschaftlicher Erholung und sich abzeichnendem Fachkräftemangel nicht verbessert haben: Jeder Dritte unter 35 arbeitet befristet, in Leiharbeit oder in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Die Studie und weitere Informationen können heruntergeladen werden unter:

<http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-0435E607-CBFB018A/internet/style.xml/ig-metall-jugendstudie-2012-zukunftserwartungen-der-jungen-10372.htm>

3.12 Studie zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der jungen Generation

Julia Kramer/Thomas Langhoff: Die Arbeits- und Lebensbedingungen der jungen Generation. Hrsg. Hans-Böckler-Stiftung. Reihe: Arbeitspapier, Arbeit und Soziales, Bd. 260. Düsseldorf Mai 2012, 66 Seiten.

Vor dem Hintergrund der aktuell zu beobachtenden Arbeitsmarkt-, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen wurde die Arbeits- und Lebenssituation der Gruppe von jungen Beschäftigten bzw. Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchenden in Deutschland näher beleuchtet. Die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstellte Studie zeigt anhand von zahlreichen Fakten zur Arbeits- und Ausbildungssituation junger Menschen, wie schwierig es für viele Berufseinsteiger ist, in der Erwerbsgesellschaft Fuß zu fassen. Zwar werde viel über die Bewältigung demografischer Veränderungen oder Work-Life-Balance diskutiert, aber ein Einbezug der Arbeits- und Lebenssituation junger Menschen finde im öffentlichen

Diskurs zu wenig statt. Auch wenn im internationalen Vergleich die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland relativ gering ist, heiße das nicht, dass der Einstieg ins Erwerbsleben hierzulande reibungslos funktioniert: Warteschleifen, ungeliebte Kompromisse, Unsicherheit, Stress und schlechte Bezahlung sind für viele Jugendliche Alltag.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:
http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_260.pdf

3.13 EU-Jugendbericht

In dem am 10. September 2012 veröffentlichten EU-Jugendbericht wird die Forderung formuliert, Jugendbeschftigung, soziale Inklusion sowie Gesundheit und Wohlbefinden junger Menschen zur obersten Priorität der europäischen Jugendpolitik zu machen. Im Bericht, den die Kommission im Dreijahresrhythmus erstellt, wird betont, dass die EU und die Mitgliedstaaten mehr tun müssen, um junge Menschen, die am stärksten unter der Wirtschaftskrise leiden, zu unterstützen.

Der Bericht kann heruntergeladen werden unter:
http://ec.europa.eu/youth/index_de.htm

3.14 DRK-Expertise zur Schulsozialarbeit

Stephanie Haupt/Nicole Ermel: Für ein Aufwachsen im Wohlergehen. Schulsozialarbeit als Wegbereiterin erfolgreicher Bildungswege. Expertise zur Qualitätsentwicklung. Hrsg. Deutsches Rotes Kreuz e.V., 2. Auflage, Oktober 2012. Berlin

Die Expertise richtet sich an (angehende) Träger der Schulsozialarbeit. Sie will Anregungen geben, wie Schulsozialarbeit als Baustein einer kind- und jugendzentrierten Armutsprävention wirksam gestaltet werden kann. Dazu werden zunächst das Handlungsfeld, die Rahmenbedingungen, Angebote und Methoden der Schulsozialarbeit beschrieben und am Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeitsfachkraft und Lehrkräften Aspekte einer gelingenden Praxis verdeutlicht. Dann wird begründet, warum Schulsozialarbeit nur dann ihre Wirkungen weit reichend entfalten kann, wenn sie eingebettet ist in einen armutsprventiven integrierten Gesamtansatz.

Die Expertise kann heruntergeladen werden unter:
http://www.jugendhilfeportal.de/fileadmin/public/Materialien/Aufwachsen_DRK.pdf

3.15 AWO-Expertise zu DQR und Jugendsozialarbeit

AWO-Bundesverband (Hg.): Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) – Herausforderung und Chance für die Jugendsozialarbeit – Eine Expertise. September 2012. Berlin

Der Expertise zufolge zeigt die Entwicklung des DQR und die in seinem Zusammenhang geführte Diskussion um die Anerkennung von non-formal und informell erworbenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen neue Wege auf, wie die Chancen sozial- und bildungspolitisch junger Menschen auf gesellschaftliche und soziale Teilhabe deutlich erhöht werden können.

Im ersten Teil der Expertise betrachten Peter Dehnbostel und Sabine Seidel die europäischen Entwicklungen im Feld Lebenslanges Lernen und Anerkennung von auf unterschiedlichen Wegen erworbenen Kompetenzen und diskutieren bildungspolitische Implikationen und Ansätze der Umsetzung in Deutschland. Sie setzen sich zudem mit Verfahren zur Kompetenzermittlung auseinander und beleuchten die diesen zugrunde liegenden Modelle und Methoden, vor allem den iPass (Integriertes Potential-Assessment der AWO) und den ProfilPASS für junge Menschen. Abschließend formulieren sie Empfehlungen zur aktuellen Implementation und Weiterentwicklung des DQR und beleuchten aktuelle Diskussionsstränge zu Kompetenz(entwicklungs)modellen, Validierungsverfahren, Qualitäts-sicherung und zur Weiterentwicklung von Anerkennungsverfahren.

In zweiten Teil der Expertise beschäftigen sich A. C. Gerster, A. Guler und H. Amstad mit einem Praxisbeispiel aus der Schweiz zur Ermittlung und Anerkennung von Kompetenzen benachteiligter junger Menschen (CH -Q Kompetenzmanagement System).

Die Studie kann beim Verlag des AWO Bundesverbandes unter der Artikel-Nr. 02082 per Mail: verlag@awo.org gegen Beteiligung an den Versandkosten bestellt werden.

3.16 UN-Behindertenrechtskonvention in der Jugendsozialarbeit

Seitdem Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat, ist der Inklusionsbegriff in der öffentlichen Debatte präsent. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit hat diese Diskussion für die Jugendsozialarbeit aufgegriffen und will dazu beitragen, dass die entsprechenden Angebote reflektiert und weiterentwickelt werden. Zum Thema „Auf dem Weg zur Inklusion – Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Jugendsozialarbeit“ hat die BAG KJS im Oktober 2012 in Berlin eine Fachtagung durchgeführt. Die Dokumentation dieser Fachtagung ist jetzt erschienen.

Die Dokumentation kann heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/Dokumentation_Fachtagung_Inklusion_02102012.pdf

3.17 Literaturhinweise

Im Folgenden werden Hinweise auf Literatur gegeben, die für die pädagogische Arbeit im Rahmen von Jugendsozialarbeit von Bedeutung sind. Es handelt sich dabei zum einen um vier Neuerscheinungen, die sich mit Fragen des Schulabbruchs, den Voraussetzungen für gelingenden Schulbesuch, dem Konzept der „Ausbildungsreife“ und der Bedeutung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) für Chancengleichheit im Bildungssystem befassen.

Ein weiterer Titel, befasst sich mit individuellen Bildungsgängen im Berufsbildungssystem. Er ist bereits 2010 erschienen, doch nach wie vor nützlich für die Analyse von Bildungsungleichheit und die Bildungsarbeit mit benachteiligten Jugendlichen.

Außerdem wird auf vier Veröffentlichungen aus dem Jahr 2011 aufmerksam gemacht, die aus dem Förderschwerpunkt „Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“ des BMBF hervorgegangen sind und sich umfassend mit dem Thema Alphabetisierung im Rahmen von Bildungspolitik und pädagogischer Arbeit mit funktionalen Analphabeten befassen.

Ein weiterer Band geht der Frage nach, was aus ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Alphabetisierungskursen geworden ist.

Heinrich Ricking/Gisela C. Schulze (Hg.): Schulabbruch – Ticket ohne Zukunft. Klinckschardt: Bad Heilbrunn 2012. 272 Seiten.

Dieses Buch gibt einen umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der Forschung zum Thema Schulabbruch. In einem ersten Teil werden die verschiedenen Charakteristika des Schulabbruchs dargestellt und auf der Grundlage nationaler und internationaler Literatur verschiedene Begriffe und Formen des Schulabbruchs erläutert. In einem zweiten Teil geht es dann um die Analyse möglicher Ursachen und Folgen von Schulabbruch. Die interdisziplinäre Zusammensetzung der Autorinnen und Autoren der einzelnen Beiträge macht dabei deutlich, wie vielschichtig die Thematik ist. Im dritten und umfangreichsten Teil des Buches geht es schließlich um die Diskussion unterschiedlicher Präventions- und Interventionsansätze, die von den verschiedensten schulischen Präventionsmaßnahmen bis hin zu therapeutischen Ansätzen aus der kinder- und jugendpsychiatrischen Praxis reichen.

Jörg Dittmann/Jan Goebel/Sandra Heisig: Erfolgreich in Schule und Ausbildung trotz sozialer Benachteiligung Unter welchen Voraussetzungen gelingen Schulabschlüsse und Ausbildungsplatzsuche?

In: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.): Bildung - Prävention – Zukunft. Ausgewählte Beiträge des 15. Deutschen Präventionstages Forum Vlg. Godesberg; Auflage: 1, 31. Juli 2012, S. 183-200.

In diesem Beitrag wird gezeigt, wie junge Menschen, die in prekären Lebenslagen aufwachsen, erfolgreiche Schulabschlüsse erzielen und wie jungen Migrantinnen und Migranten trotz geringer Schulbildung der Übergang von Schule in Ausbildung gelingt. Dazu werden Ergebnisse auf Basis zweier Datengrundlagen vorgestellt: Anhand des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) werden die Bildungskarrieren und die aktuellen Lebenslagen von 490 Jugendlichen, die in Armut aufgewachsen sind, nachgezeichnet und erfolgreiche Verlaufstypen herausgearbeitet.

Die zweite Datenquelle basiert auf einem Forschungsprojekt des ISS-Frankfurt a.M. in Kooperation mit dem Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO). In dieser Studie wurden junge türkischstämmige Erwachsene und Spätaussiedlerjugendliche mit Hauptschulniveau daraufhin untersucht, wie es dieser spezifischen Gruppe gelingt, den Übergang in Ausbildung zu meistern. Hierfür wurden die jungen Erwachsenen zu ihren relevanten Lebenswelten (Schule, Freunde und Familie) befragt.

Die Ergebnisse beider Studien liefern wichtige Anhaltspunkte für Lösungsstrategien erfolgreicher „Bildungsarbeit“ für benachteiligte junge Menschen in Übergangsprozessen.

Der Beitrag kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.praeventionstag.de/html/GetDokumentation.cms?XID=1125>

Quelle:

LAG KJS NRW: Abo jugendsozialarbeit.info Nr. 326 / 2012

Günter Ratschinski/Ariane Steuber (Hg.): Ausbildungsreife. Kontroversen, Alternativen und Förderansätze. Springer VS: Wiesbaden 2012. 366 Seiten

„Ausbildungsreife“ ist zum zentralen Lenkungsbegriff für die Eingliederung Jugendlicher in das deutsche Ausbildungs- und Berufssystem geworden. Er dient der Arbeitsverwaltung zur Auswahl vermittlungsfähiger Bewerber und für Berufsvorbereitungsmaßnahmen als pädagogische Zielgröße. Nahezu alle Aspekte der beruflichen Benachteiligtenförderung haben Berührungspunkte mit diesem Konzept. Im vorliegenden Band ist dies der Klammerbegriff für die Diskussion unterschiedlicher Ansätze und Perspektiven. Hier wird das Konzept der „Ausbildungsreife“ aus verschiedenen Perspektiven betrachtet, theoretisch erörtert, in seiner Anwendbarkeit überprüft und auf Praktikabilität hin untersucht.

Karin Büchter/Peter Dehnbostel/Georg Hanf (Hg.): Der Deutsche Qualifikationsrahmen. Ein Konzept zur Erhöhung von Durchlässigkeit und Chancengleichheit im Bildungssystem? W. Bertelsmann Verlag: Bielefeld 2012. 422 Seiten.

Mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) wurde ein Konzept vorgelegt, das es ermöglichen soll, Kompetenzen, die sowohl auf schulischen, beruflichen, hochschulischen, betrieblichen als auch auf non-formalen und informellen Lernwegen erworben worden sind, zuzuordnen und innerhalb Europas vergleichbar zu machen. Ziel ist es dabei, Transparenz und Mobilität im europäischen Raum zu fördern sowie Durchlässigkeit und Chancengleichheit im deutschen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu verbessern.

Allerdings wird bereits an der Tatsache, dass die allgemeinen Schulabschlüsse (noch) nicht zugeordnet wurden, deutlich, dass der erzielte Kompromiss bei der Zuordnung von Lernergebnissen und Lernwegen brüchig ist. Insbesondere der Beitrag der beiden Herausgeber über den langen bildungspolitischen Weg zu Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit, zeigt sehr anschaulich, mit welcher Hypothek der DQR belastet ist.

Zahlreiche Beiträge des vorliegenden Bandes befassen sich mit der Frage nach der künftigen Nutzung des DQR als Reforminstrument in Bezug auf Durchlässigkeit und Chancengleichheit im Bildungssystem. Aus unterschiedlichen Positionen und Perspektiven machen sie deutlich, dass es noch einen erheblichen Diskussions-, Forschungs- und Handlungsbedarf im Hinblick auf die Auslegung und Umsetzung des DQR bedarf. Der vorliegende Band gibt hierzu vielfältige Anregungen.

Individuelle Bildungsgänge im Berufsbildungssystem. bwp@ Ausgabe Nr. 18 | Juni 2010.

Herausgeber der bwp@ Ausgabe 18 sind Karin Büchter, Anke Grotlüschen & H.-Hugo Kremer

Diese bereits vor zwei Jahren erschienene Ausgabe von *bwp@* enthält verschiedene Beiträge, in denen vor allem die subjektive Sicht von Jugendlichen und Erwachsenen in Berufsbildungsverläufen in den Blick genommen wird. Dabei geht es vor allem um Chancen und Widerstände in individuellen Bildungsverläufen im Berufsbildungswesen, um biographische Auswirkungen von diskontinuierlichen Bildungsverläufen und um Fragen nach der Selbstverantwortung und berufsbiographischen Gestaltungskompetenz.

Diese Ausgabe kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.bwpat.de/content/ausgabe/18/editorial-bwp18/>

Projekträger im DLR e.V. (Hg.): Zielgruppen in Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener. Bestimmung, Verortung, Ansprache. W. Bertelsmann Verlag: Bielefeld, 2011. 280 Seiten.

Die Zielgruppe der funktionalen Analphabeten und Analphabetinnen ist auf den ersten Blick nur schwer zu erkennen. Wie grenzt man sie ein und wie geht man auf sie zu? Der vorliegende Band aus der Reihe *Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener* präsentiert die theoretischen Arbeiten und Ergebnisse, die im Rahmen des Förderschwerpunkts „Forschung und Entwicklung zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“ des BMBF im Zeitraum zwischen 2007 bis 2012 entstanden sind. Die Beiträge beschäftigen sich mit der Erfassung und Beschreibung dieser speziellen Zielgruppe, um für sie Angebote der kompensatorischen Bildung zu öffnen. Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes setzen sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit der Zielgruppe auseinander. Der aktuelle Forschungsstand wird umfassend und systematisch dargestellt.

Projekträger im DLR e.V. (Hg.): Lernprozesse in Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener. Diagnostik, Vermittlung, Professionalisierung. W. Bertelsmann Verlag: Bielefeld, 2011. 312 Seiten.

Erwachsene Analphabeten und Analphabetinnen stehen vor großen Lern- und Beteiligungsbarrieren. Lernangebote zur Alphabetisierung müssen daher die basalen Wahrnehmungsfähigkeiten der Teilnehmenden trainieren, Barrieren beim Lesenlernen abbauen und dabei die Biografien und Lernmotivationen berücksichtigen. Der vorliegende zweite Band aus der Reihe *Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener* präsentiert die theoretischen Arbeiten und Ergebnisse aus über 100 Einzelprojekten des Förderschwerpunkts „Forschung und Entwicklung zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“ des BMBF. Im Mittelpunkt stehen Projekte zur Weiterentwicklung der Professionalisierung von Lehrenden in der Alphabetisierung und Grundbildung: von der Barrierebewältigung über die Diagnostik bis zur Evaluation von Lern- und Lehrmaterialien. Abschließend wird ein Ausblick auf die Entwicklung der Professionalisierung im Bereich von Alphabetisierung und Grundbildung gegeben.

Karsten Schneider/Annegret Ernst/Johanna Schneider (Hg.): Ein Grund für Bildung?! Konzepte, Forschungsergebnisse, Praxisbeispiele. W. Bertelsmann Verlag: Bielefeld, 2011. 359 Seiten.

Grundbildung ist eine wesentliche Voraussetzung zur Teilhabe an gesellschaftlichen Kontexten. Doch häufig haben Menschen mit einem niedrigen Bildungsniveau negative Lernerfahrungen zu Schulzeiten gemacht. Weiterbildungsmöglichkeiten begegnen sie daher mit Skepsis und erleben wenige Zugänge zu den Angeboten. Das Buch zeigt, wie bildungsbenachteiligte Erwachsene einen individuell angemessenen und sie selbst motivierenden Zugang zu Grund- und Weiterbildungsmaßnahmen erhalten können. Die Autoren beschreiben die Gestaltung von Angeboten in regionalen Netzwerken und leiten hieraus Forderungen an die Bildungspolitik ab. Das Buch richtet sich an Verantwortliche und Lehrende in Bildungseinrichtungen, Bildungsberater, Bildungspolitiker und weitere pädagogische Fachkräfte.

Birte Egloff/Anke Grotluschen (Hg.): Forschen im Feld der Alphabetisierung und Grundbildung. Ein Werkstattbuch. Waxmann: Münster 2011. 241 Seiten.

Auch nach 30 Jahren Alphabetisierungsarbeit weiß man noch immer recht wenig über die Zielgruppe der funktionalen Analphabeten. Die vorliegende Verbleibsstudie setzt sich mit der Frage auseinander, was aus ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Alphabetisierungskursen geworden ist, welche möglichen Veränderungen sich mit dem Besuch eines Alphabetisierungskurses für die Alltags- und Lebensbewältigung ergeben, wie sie diese Veränderungen selbst wahrnehmen und inwiefern von einer „Nachhaltigkeit“ gesprochen werden kann. Das Buch wendet sich an Erziehungswissenschaftler/innen und Praktiker/innen, die im Feld von Alphabetisierung und Grundbildung tätig sind.

(4)**Laufende bildungspolitische Studien****4.1 Heidelberger Studie zur Schulverweigerung**

Schüler, die – mit oder ohne Entschuldigung – dem Unterricht häufig fernbleiben, sind mit rund 16 Prozent doppelt so oft von Mobbing betroffen wie ihre Mitschüler. Dies zeigen erste Auswertungen einer Studie des Universitätsklinikums Heidelberg an Schulen der Stadt Heidelberg und des Rhein-Neckar-Kreises, die 2.700 Schüler einbezieht.

Diese Studie liefert – erstmals in Deutschland – umfangreiche Daten zu den Fragen, wie häufig und aus welchen Gründen Schüler nicht zur Schule gehen: 53 Prozent der Jugendlichen bleiben 2 bis 10 Tage pro Monat dem Unterricht entschuldigt fern, 6 Prozent mehr als 10 Tage. Unentschuldigt fehlen rund 17 Prozent der Schüler pro Monat 1 bis 4 Tage, 4 Prozent mehr als 5 Tage. Die Forscher fanden außerdem: Ob entschuldigt oder nicht – häufiges Fehlen geht einher mit psychischen Problemen wie sozialer Angst oder Depression.

Die Heidelberger Studie ist der deutsche Beitrag zu der von der Europäischen Union geförderten Studie „Working in Europe to Stop Truancy Among Youth (WE-STAY)“. In fünf europäischen Ländern und Israel werden aktuell rund 10.000 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren untersucht. Auch Eltern und Lehrer werden einbezogen. Ziel ist es, das gesellschaftliche Problem Schulfehlzeiten zu erfassen und zu ermitteln, welche Präventionsprogramme hilfreich sind.

Ein im Mai 2012 veröffentlichter Zwischenbericht unter dem Titel „Prävention von Schulfehlzeiten und Förderung der seelischen Gesundheit bei Jugendlichen in verschiedenen europäischen Ländern“ stellt die Ziele der Untersuchung und erste Ergebnisse detailliert dar.

Der Zwischenbericht kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.klinikum.uni-heidelberg.de/We-Stay.120339.0.html>

Näheres siehe unter:

<http://bildungsklick.de/a/84489/haeufige-schulfehlzeiten-gehen-einher-mit-mobbing/>

4.2 Nationales Bildungspanel – Berufsbildung und lebenslanges Lernen

Das Nationale Bildungspanel untersucht seit 2009 anhand von acht Bildungsetappen die individuelle Bildungs- und Kompetenzentwicklung von 60.000 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. In allen Phasen des Lebenslaufs spielen Bildung und Bildungsinstitutionen eine zentrale Rolle. Wie entwickeln sich individuelle Bildungskarrieren und -kompetenzen? Welche Rolle spielen Familie, Bildungseinrichtungen, Arbeitsumfeld und private Lebensumstände?

Im Zentrum der Untersuchung von Bildungsetappe 6 stehen die Übergänge von der Schule ins Berufsleben, und zwar von Abgängern aus Förderschulen (Schwerpunkt Lernbehinderung) und aus Haupt-, Real- und Gesamtschulen. Hierbei interessiert vor allem, wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit entsteht und weshalb es immer länger dauert, bis junge Menschen in einen Beruf finden. Die Forschungsfragen der Etappe 6 behandeln drei Themenbereiche: (1) Platzierung im Ausbildungssystem; (2) Erfolg in und bei der Berufsausbildung selbst; (3) Berufseinstieg und Übergang in den Arbeitsmarkt.

Laufzeit der Untersuchung: 10/2008-12/2013.

Näheres unter:

<http://www.wzb.eu/de/forschung/bildung-arbeit-und-lebenschancen/bildungspanel/projekte/etappe-6-berufliche-bildung-und-uebergaenge->

(5)**Neue Programme des Bundes und der Länder****5.1 Modellvorhaben „Ein Topf“ in Nordrhein-Westfalen**

Das nordrhein-westfälische Arbeitsministerium hat unter dem Namen „Ein Topf“ ein Modellvorhaben aufgelegt, mit dem ein neuer, einheitlicher und auf die individuelle Förderung der Jugendlichen ausgerichteter Ansatz der Berufsvorbereitung entwickelt werden soll.

Unter der Rubrik „Programminfos“ findet man das Rahmenkonzept, das zwischen den beteiligten Modellregionen und dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vereinbart wurde. In der Rubrik „Zum Thema“ stehen Fachartikel zum Modellvorhaben zur Verfügung.

Quelle:

http://www.gib.nrw.de/arbeitsbereiche/jugend_und_beruf/ein-topf?darstellungsart=themen&fieldset=arbeit

5.2 Zentralstelle für internationale Berufsbildungsk Kooperationen

Das BMBF hat eine Initiative zum Export beruflicher Bildung vorgestellt. Nach Auffassung von Bildungsministerin Schavan kann das deutsche System der beruflichen Bildung für viele Länder ein wichtiger Schlüssel zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit sein. Mit Spanien hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits eine bilaterale Vereinbarung zur Berufsbildungsk Kooperation abgeschlossen. Weitere EU-Mitgliedstaaten von Portugal bis nach Lettland haben einen Dialog zur Begleitung von Bildungsreformen im eigenen Land nachgefragt. Darüber hinaus gibt es langjährige Kooperationen, insbesondere mit den BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China.

Beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) wird eine Zentralstelle für internationale Berufsbildungsk Kooperation eingerichtet. Des Weiteren wird das BMBF gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und dem Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) ein Konzept für konkrete Maßnahmen in Kooperation mit den Partnerländern erarbeiten. Insbesondere im Interesse kleinerer Unternehmen und Zuliefererbetriebe sollen dual gestaltete Ausbildungsordnungen in den Partnerländern erarbeitet werden. Die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern bilden mit den Auslandshandelskammern eine strukturelle Basis für die Etablierung von dualen Berufsbildungsstandards und deren Qualitätssicherung. Zudem fungieren Sie als Brücke zu den Unternehmen und Bildungsstätten.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.bmbf.de/de/17127.php>.

Quelle:

BMBF-Pressemitteilung Nr. 116/2012 vom 18.09.2012]

5.3 Initiative „Bildung durch Sprache und Schrift (BISS)“

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und die Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK) haben am 18. Oktober 2012 eine gemeinsame Initiative zur Verbesserung der Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung vereinbart.

Mit der Initiative „Bildung durch Sprache und Schrift (BISS)“ wird ein fünfjähriges Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf den Weg gebracht, das die sprachliche Bildung von Kindern sowie die in den Ländern eingeführten zahlreichen Angebote zur Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und Effizienz

enz wissenschaftlich überprüft und weiterentwickelt. Darüber hinaus unterstützt das Programm die erforderliche Fort- und Weiterqualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrkräfte in diesem Bereich.

Im Programm BISS werden Verbände von Kindertageseinrichtungen bzw. Schulen eng zusammenarbeiten, um ihre Erfahrungen auszutauschen und abgestimmte Maßnahmen der Sprachbildung umzusetzen. Die Arbeit dieser Verbände wird durch eine wissenschaftliche Begleitung unterstützt.

Die Initiative basiert auf den Empfehlungen einer vom BMBF in Abstimmung mit dem BMFSFJ und den Ländern in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Expertise und wird im Herbst 2013 in den Kindertageseinrichtungen und Schulen starten.

Ein erster Schritt zur Umsetzung des Programms wird die in Kürze vorgesehene Bekanntmachung des BMBF zur Förderung des Trägerkonsortiums sein, das die Gesamtkoordination und den wissenschaftlichen Teil des Programms verantworten wird.

Weitere Informationen unter:

www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_10_18-Initiative_Sprachfoerderung_Programmskizze.pdf

www.bmbf.de/pubRD/BISS_Programmskizze.pdf

Die Expertise kann heruntergeladen werden unter:

www.bmbf.de/pubRD/BISS_Expertise.pdf

Quelle:

BMBF-Pressemitteilung Nr. 130/2012 vom 18.10.2012]

5.4 Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung

Die Verringerung der Zahl funktionaler Analphabeten, die in Deutschland rd. 7,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter beträgt, wird zunehmend als bildungspolitische Herausforderung begriffen. Bereits 2011 hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Bernd Althusmann, die „Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener in Deutschland“ ins Leben gerufen. Dieser Kampagne von BMBF und KMK haben sich weitere gesellschaftliche Gruppen auf der Grundlage einer gemeinsamen Vereinbarung angeschlossen. Aktiv an der Umsetzung der nationalen Strategie beteiligen sich bislang: (a) das Kommissariat der deutschen Bischöfe; (b) der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland; (c) der Deutsche Landkreistag; (d) der Deutsche Volkshochschul-Verband; (e) das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung; (f) der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung; (g) die Stiftung Lesen. Das Bündnis ist offen für alle gesellschaftlichen Gruppen, die sich daran beteiligen möchten.

Ziel dieser breit getragenen Allianz ist es, neben den bereits existierenden vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten in den Ländern regionale Netzwerkstrukturen weiter zu vertiefen und auszubauen und dieses Thema in der Gesellschaft zu enttabuisieren und die Betroffenen in ihrer Lebenswelt zu erreichen.

Vor kurzem wurde auch eine breit angelegte Informationskampagne im Rahmen dieser Strategie gestartet, die sowohl die Betroffenen und ihr Umfeld anspricht, als auch der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Problematik fehlender ausreichender Grundbildung dient.

Die Vereinbarung über eine gemeinsame nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener in Deutschland sowie weitere Informationen zum Thema finden sich unter:

<http://www.bmbf.de/de/426.php>.

Quelle:

BMBF-Pressemitteilung Nr. 110/2012 vom 07.09.2012

5.5 Sonderprogramm „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) führt ab Januar 2013 ein Sonderprogramm durch, das jungen Menschen aus Europa bei einer Arbeits- oder Ausbildungsaufnahme in Deutschland hilft. Für das auf zwei Jahre ausgelegte Programm stellt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) bis zu 40 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Das zwischen BMAS und BA entwickelte Programm „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 18 bis 35 Jahren aus den EU-Staaten, die eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle in Deutschland aufnehmen wollen.

Raimund Becker, Vorstand Arbeitslosenversicherung der BA, begrüßt das Programm: „Die jungen Menschen, die Arbeitgeber in Deutschland und die Heimatländer können von diesem Programm profitieren. Die jungen Bewerber können berufliche Perspektiven entwickeln, die Arbeitgeber können Fachkräfte-Engpässe abfedern und die Heimatländer könnten nach einer gewissen Zeit ausgebildete und erfahrene Fachkräfte zurückgewinnen. Außerdem war es bisher für junge Menschen aus dem EU-Ausland sehr schwer, den Zugang zum dualen Ausbildungssystem in Deutschland zu finden. Das Programm schafft deutliche Erleichterungen für diese ausbildungsinteressierten jungen Menschen.“

Die Bewerber können im Rahmen des Programms beispielsweise Gutscheine für Sprachkurse im Heimatland oder in Deutschland bekommen. Dazu Becker: „Das ist aus unserer Sicht besonders wichtig, denn die deutsche Sprache ist eine große Hürde.“ Auch die Kostenerstattung für Anerkennungsverfahren und -lehrgänge sollen möglich sein.

Im Bereich Ausbildung werden dabei nur Vermittlungsprojekte gefördert, wenn sie zusätzlich zum gesamten Vermittlungsprozess auch ausbildungsbegleitende Betreuung umfasst. Becker: „Ohne kulturelle und soziale Integration geht es aus meiner Sicht nicht. Die Betreuung kann einer der Bausteine dafür sein.“ Die Betriebe und die jungen Menschen sollen die Förderung bei der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der BA beantragen können.

Die genauen Umsetzungsschritte werden das BMAS, die BA und die ZAV mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) in den nächsten Wochen besprechen.

Weitere Informationen zum Programm, seinen Förderinstrumenten und zum Antragsverfahren werden bis Ende des Jahres vorliegen.

Quelle:

<http://www.jugendhilfeportal.de/politik/sozialpolitik/artikel/eintrag/sonderprogramm-fuer-junge-eu-buerger/>

(6) Zahlenspiegel

6.1 Jugendarbeitslosigkeit in der EU steigt dramatisch

Die Zahl der Erwerbslosen unter den Jugendlichen ist in der EU seit der Jahrtausendwende um rund vier Prozent gestiegen. 2011 waren in der EU 5,3 Millionen Jugendliche erwerbslos. Ihre Arbeitslosenquote belief sich EU-weit auf 21 Prozent, bei den 25- bis 64-Jährigen waren es acht Prozent. Zwischen den einzelnen Ländern gibt es große Unterschiede: Am höchsten ist die Jugendarbeitslosigkeit in Mazedonien (55 Prozent), Spanien (46 Prozent) und Griechenland (44 Prozent). Am geringsten ist sie in den Niederlanden, der Schweiz und Österreich (jeweils rund acht Prozent) gefolgt von Deutschland und Norwegen (rund neun Prozent). Außer in Deutschland war die Arbeitslosenquote der Jugendlichen 2011 in fast allen Ländern höher als im Jahr 2008.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/pm/84727/jugendarbeitslosigkeit-in-europa-betriebliche-ausbildung-verbessert-chancen-auf-dem-arbeitsmarkt/>

6.2 Monitor Jugendarmut 2012

Mit ihrem „Monitor Jugendarmut 2012“ macht die BAG Katholische Jugendsozialarbeit auf die besondere Gefährdungslage junger Menschen aufmerksam. Der Monitor zeigt, dass junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren in Deutschland die am stärksten von Armut betroffene Altersgruppe sind.

Jugendarmut ist vor allem ein urbanes Phänomen, sie muss aber auch regional betrachtet werden: Leben in Bayern beispielsweise mit 3,8 Prozent die wenigsten Jugendlichen in Hartz-IV Bedarfsgemeinschaften, so sind es in Berlin mit 21,2 Prozent die meisten. Ein Blick in die Städte zeigt, dass egal ob in Nürnberg, Karlsruhe, Brandenburg an der Havel, Bremerhaven oder Gelsenkirchen, Jugendarmut hier stets höher ist als im Durchschnitt des jeweiligen Bundeslandes. Die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe sind für Jugendliche zwischen Ost und West und zwischen Stadt und Land sehr unterschiedlich verteilt.

Näheres siehe unter:

http://www.jugendarmut.info/Monitor_Jugendarmut_2012

Quelle:

LAG KJS NRW: Abo jugendsozialarbeit. info Nr. 323 / 2012

6.3 Die wenigsten Azubis werden unbefristet übernommen

Im letzten Jahr der Ausbildung haben mehr als die Hälfte der Auszubildenden noch keine Übernahmezusage. Zu diesem Ergebnis kommt eine Befragung der DGB-Jugend unter Auszubildenden in sechs Bundesländern, die sich im letzten Ausbildungsjahr befinden. Danach gaben nur 43 Prozent der Befragten an, dass sie bereits eine sichere Perspektive im Betrieb über die Ausbildungszeit hinaus haben.

Jeder vierte Befragte (25 Prozent) weiß, dass er bzw. sie nach der Ausbildung nicht übernommen wird. Etwa ein Drittel (32 Prozent) hat noch keinerlei Informationen darüber, ob er oder sie nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung weiterbeschäftigt wird.

Selbst wenn sie nach ihrer Ausbildung übernommen werden, erfolgt dies oft nur zeitlich befristet. Lediglich 41 Prozent der befragten Azubis, die bereits eine Übernahmezusage haben, werden unbefristet übernommen. Auf alle befragten Auszubildenden bezogen sind das lediglich 17 Prozent. Von den Auszubildenden, die bereits wissen, dass sie nicht übernommen werden, hatten drei von vier Befragten (77 Prozent) zum Zeitpunkt der Befragung noch keine Aussicht auf eine alternative Beschäftigung.

Überraschend sind diese Ergebnisse aus Sicht des DGB im Zusammenhang mit dem vermeintlichen Fachkräftemangel, der von vielen Unternehmen beklagt wird. Für die Untersuchung wurden die Angaben von insgesamt 1.434 Lehrlingen in Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen ausgewertet.

Die Ergebnisse der Umfrage können heruntergeladen werden unter:

http://www.dgb-jugend.de/ausbildung/meldungen/uebernahmefragung/data/uebernahmesituation_2012_final.pdf

Quelle:

<http://www.dgb-jugend.de/ausbildung/meldungen/uebernahmefragung?rnd=5386981.64649>

6.4 Generation abgehängt – Jugendliche ohne Berufsabschluss

In einer Expertise ist der DGB (Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit) der Frage nachgegangen, was steckt hinter den mehr als 2,2 Millionen Jugendlichen ohne Berufsabschluss. Denn trotz des demografischen Wandels und der vermeintlich komfortablen Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist ein signifikantes Abschmelzen der Ungelerntenquote nicht erkennbar. Die Zahl der jungen Ausbildungslosen liegt seit zehn Jahren konstant hoch bei rund 15 Prozent. Ein Großteil der Ausbildungslosen hat eine gute Schulbildung und verfügt damit über alle schulischen Voraussetzungen, sofort eine betriebliche Ausbildung zu beginnen. Von den 2,2 Millionen Ausbildungslosen haben 1,8 Mio. einen Schulabschluss. Gut 16% davon verfügen sogar über eine Studienberechtigung (356.000) und 21% über einen mittleren Abschluss (454.000). Immerhin knapp eine Million (997.000), das sind gut 45%, hat einen Hauptschulabschluss. Interessant ist, dass der Anteil der Studienberechtigten bei den Ausbildungslosen ähnlich hoch ist wie bei den Menschen ohne Schulabschluss (400.000).

Die von Matthias Anbuhl verfasste 9-seitige Expertise zur Bildungsbiographie und den prekären Perspektiven der Ausbildungslosen ist Ende August 2012 erschienen. Sie zeigt anhand umfangreicher Daten die Entwicklung der Ausbildungslosigkeit in der jungen Generation seit 1996 sowie die Zusammensetzung der Gruppe der jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung nach Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit.

Die Expertise kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.dgb.de/themen/++co++353ce42a-f2ae-11e1-a0fc-00188b4dc422>

6.5 Jugendliche in der Warteschleife

In einer weiteren kurzen Expertise unter dem Titel „In der Warteschleife – Die Probleme von fast 300.000 Jugendlichen beim Übergang von der Schule in die Ausbildung“, die Anfang November 2012 erschienen ist, gibt Matthias Anbuhl vom DGB anhand von aktuellen Daten einen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung und die Effektivität des Übergangsbereichs seit 2009 sowie die Zusammensetzung der Jugendlichen. Er zeigt, dass trotz sinkender Bewerberzahlen weiterhin fast jeder dritte Jugendliche, der eine berufliche Ausbildung sucht, im Übergangsbereich landet. Von diesen verfügen mehr als 75 Prozent über einen Schulabschluss, jeder zweite Jugendliche hat einen Hauptschulabschluss, knapp 25 Prozent erreichen sogar die mittlere Reife. In seinem Fazit verlangt Anbuhl, dass der Abbau der Warteschleifen im Übergangsbereich in die Mitte der Bildungspolitik rücken muss. Dazu werden auch Vorschläge formuliert.

Die DGB-Expertise kann heruntergeladen werden unter:

http://www.wir-gestalten-berufsbildung.de/fileadmin/user_upload/NL_wissenaktuell/f_DGB-Expertise_In_der_Warteschleife.pdf

6.6 Bildungsausgaben in Deutschland

Dem OECD-Bericht von 2012 zufolge nähert sich Deutschland kontinuierlich dem 10%-Ziel, das Bund und Länder 2008 auf dem Bildungsgipfel beschlossen haben: Nach den Kriterien der OECD hat sich der Anteil der Ausgaben für Bildungseinrichtungen am BIP in Deutschland von 4,9 Prozent im Jahr 2000 auf 5,3 Prozent im Jahr 2009 erhöht. Für das Jahr 2010 gehen die Statistiker von einem weiteren Anstieg auf 5,4 Prozent aus - und das trotz eines deutlichen Wirtschaftsaufschwungs in diesem Zeitraum. Nach der nationa-

len Abgrenzung der Bildungsausgaben, die zusätzlich auch Ausgaben für Weiterbildung, Ausgaben für weitere Bildungsangebote wie z. B. die Kinderbetreuung in öffentlicher und privater Trägerschaft, Einrichtungen der Jugendarbeit oder Volkshochschulen umfasst, belief sich der Anteil der Bildungsausgaben am BIP laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2010 auf 7,0 Prozent.

Im Elementarbereich (Vorschulen oder Kindergärten) lagen die Ausgaben in Deutschland bereits im Berichtsjahr 2009 deutlich über dem OECD-Durchschnitt.

Bei den Ausgaben pro Schüler/Studierenden kann Deutschland – wie im Vorjahr – einen überdurchschnittlichen Anstieg der Ausgaben verzeichnen. In Grundschulen betragen die Ausgaben in 2009 je Schüler 6.619 US\$. Damit konnte der Abstand zum OECD-Durchschnitt von 1.224 US\$ in 2008 auf 1.100 US\$ weiter verringert werden. Im Sekundarbereich wurden 9.285 US\$ pro Schüler ausgegeben, was ungefähr dem OECD-Durchschnitt von 9.132 US\$ entspricht. Im Hochschulbereich liegen die Ausgaben in Deutschland mit 15.711 US\$ je Student bereits deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 13.728 US\$. Insgesamt liegen die Pro-Kopf-Ausgaben mit 9.779 US\$ je Bildungsteilnehmer im Primar- bis Tertiärbereich im Jahr 2009 über dem OECD-Durchschnitt von 9.252 US\$.

Siehe ausführlicher unter:

http://www.bmbf.de/pubRD/Pm_Bildung_auf_einen_blick_Anhang.pdf

Quelle:

http://www.bmbf.de/de/20074.php?pk_campaign=11-09-2012-+Newsletter+-+BMBF+-+Pressemitteilungen&pk_kwd=http%3A%2F%2Fwww.bmbf.de%2Fde%2F20074.php

6.7 Daten zum Übergang ins Berufsleben

Unter der Überschrift „Der Weg ins Berufsleben fällt auch in Deutschland schwer“ sind die wichtigsten Fakten aus der Studie von Kramer/Langhoff (siehe dazu im vorliegenden Bildungsmonitor Kap. 3.4) auf zwei Seiten zusammengefasst.

Herunterzuladen unter:

http://www.boeckler.de/impuls_2012_12_4-5.pdf

(7)**Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden****7.1 Schule im Aufbruch – Bündnis für eine neue Lernkultur**

Schule in Deutschland soll sich auf einen neuen Weg machen. Und zwar zu einer anderen Lern- und Beziehungskultur und zu einer Kultur der Potenzialentfaltung jedes Einzelnen in der Gemeinschaft. Das ist das Ziel der Initiative „Schule im Aufbruch“. Die 250 Unterzeichner des gleichnamigen Aufrufs – darunter Senta Berger, Franz Alt und Roger Willemsen – laden ein zu einem breiten, lokal orientierten bürgerschaftlichen Engagement, um die Schulen zu verändern. Vertreten wird die Initiative von dem Mit-Gründer der Humboldt-Viadrina School of Governance, Professor Stephan Breidenbach, der Direktorin der Evangelischen Schule Berlin Zentrum, Margret Rasfeld, und dem Hirnforscher Professor Gerald Hüther, Universität Göttingen.

„Unser Bündnis für eine neue Lernkultur lebt aus der Überzeugung, dass nur mit Begeisterung nachhaltig gelernt werden kann. Unsere Schulen müssten in Biotope des Lernens verwandelt werden, in denen junge Menschen inspiriert und begeistert Neugier entfalten und verantwortungsbewusst ihre Welt gestalten“, betonte Hüther. „Lernen muss, befreit von hierarchischem Belehren, zu einem kreativen Austausch unter Lernenden werden. Nicht auswendig gelerntes, sondern selbstständig erworbenes Wissen und Können ist das, worauf es für die Gestalter des 21. Jahrhundert ankommt.“

Ein gutes Beispiel für das, was die Initiative erreichen will, ist die Evangelische Schule, wo unter anderem die Klassenverbände weitgehend aufgehoben sind und Schüler von Schülern lernen. Aber auch anderswo, so die Initiatoren, sei die neue Lernkultur eingezogen, so zum Beispiel an der Laborschule Bielefeld, der Grundschule Kleine Kielstraße in Dortmund oder der Waldhofschule Templin. An diesen Schulen werde jedes Kind in seiner Einzigartigkeit gesehen, angenommen und angesprochen. Schüler könnten ihre besonderen Begabungen und Potenziale entfalten und nach einem individuellen Plan lernen.

Die Initiative will noch in diesem Schuljahr hundert Schulen zu einem Transformationsprozess ihrer Lernkultur einladen und sie dabei unterstützen.

„Die Begeisterung am Lernen kann niemand erzwingen oder anordnen“, so Gerald Hüther. „Sie lässt sich nur wecken. Die Zauberworte, mit denen sich die Begeisterung bei jedem Menschen wiedererwecken lässt, egal, wie alt er ist und wie viele negative Erfahrungen er schon gemacht hat oder machen musste, sind ganz einfach: Man muss ihn einladen, ermutigen und inspirieren, sich noch einmal auf Neues einzulassen. Man muss ihm Gelegenheit geben, zu erfahren, dass er doch etwas kann, dass das Entdecken und Gestalten und das Lernen Freude machen kann, dass er so, wie er ist, gemocht wird, dass er mit seinen besonderen Fähigkeiten und Begabungen gebraucht wird, um gemeinsam mit anderen etwas zustande zu bringen, was keiner allein schaffen kann. Überall dort, wo das gelingt, entstehen diese wunderbaren Werkstätten, in denen junge Menschen unsere Zukunft gestalten.“

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/84988/schule-im-aufbruch/>

7.2 Empfehlungen des Deutschen Vereins zum Bildungs- und Teilhabepaket

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. hat im September 2012 die zweiten Empfehlungen zur Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe verabschiedet. Die Empfehlungen gliedern sich getrennt nach Rechtskreisen mit einem deutlichen Schwerpunkt auf dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“. Die Unterschiede im SGB XII und Bundeskindergeldgesetz werden ebenso wie Ausführungen zum Asylbewerberleistungsgesetz und der Jugendhilfe in gesonderten Kapiteln behandelt. Darüber hinaus greifen die Empfehlungen rechtliche Abgrenzungsfragen bei den einzelnen Leistungskomponenten auf und führen sie Lösungsansätzen zu. Durch Darstellung der Pro-

und Contra-Argumentation gibt der Deutsche Verein den zuständigen kommunalen Leistungsträgern eine Hilfestellung, die es der Praxis ermöglicht, Entscheidungen unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles und der örtlichen Gegebenheiten zu treffen. Hierbei werden die Anspruchsvoraussetzungen der einzelnen Bildungs- und Teilhabeleistungen unter Einbeziehung bereits vorhandener Rechtsprechung der Landessozialgerichte erörtert.

Der Deutsche Verein hat konkrete Fragestellungen aufgegriffen und unter Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung sowie vielfältiger Praxishinweise und Beispielsfälle „Zweite Empfehlungen zur Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe“ erarbeitet. Die Empfehlungen sind im Buch Shop (verlag.deutscher-verein.de) erhältlich.

Weitere Informationen unter:

[http://www.awo-informationservice.org/index.php?id=497&tx_ttnews\[tt_news\]=4082&cHash=98132447633a59412ea0d665e6178e7e](http://www.awo-informationservice.org/index.php?id=497&tx_ttnews[tt_news]=4082&cHash=98132447633a59412ea0d665e6178e7e)

7.3 Mehr Teilhabe bei Bildung

Die Bundestagsfraktion von B90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, einen Entwurf für eine Verfassungsänderung zur umfassenden Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern zu erarbeiten. Zudem soll ein neues Ganztagschulprogramm zur Verwirklichung inklusiver Bildung vorgelegt werden. Außerdem erwarten Bündnis 90/Die Grünen, dass der Unterfinanzierung des Bildungswesens entgegengewirkt und das Ziel schnellstmöglich erreicht wird, mindestens zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung zu investieren. Ferner soll die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem verbessert werden. „Die zentrale Herausforderung für Bildungseinrichtungen und Bildungspolitik ist, jedem und jeder mehr gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren und Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.“ Bildungsblockaden müssten aufgebrochen werden. Notwendig sei ein umfassendes Angebot an frühkindlicher Bildung, längeres gemeinsames Lernen und der Ausbau von Ganztagschulen. Davon würden in besonderer Weise Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien profitieren.

Die ausführliche Fassung des Antrags „Konsequenzen aus dem nationalen Bildungsbericht ziehen – Bildungsblockaden aufbrechen und mehr Teilhabe ermöglichen“ findet sich in der Bundestagsdrucksache BT Drs. 17/11074.

Sie kann heruntergeladen werden unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/110/1711074.pdf>

Quelle:

http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_10/2012_465/04.html

7.4 Zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf benachteiligte Jugendliche – Impulspapier der BAG EJSA

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) hat am 26.09.2012 ein Impulspapier zu den Auswirkungen des demografischen Wandels vorgelegt. In dem Papier „Anschluss verpasst oder abgehängt?“ werden Chancen und Risiken der demografischen Entwicklung benannt. Das Papier thematisiert daraus resultierende Anforderungen an Träger der Jugendsozialarbeit und Aufgaben an Politik und Gesellschaft.

Das Papier kann heruntergeladen werden unter:

http://www.bagejsa.de/uploads/media/Impulspapier_Demografischer_Wandel_verabschiedet_26_09_2012_01.pdf

Quelle:

<http://www.bagejsa.de/publikationen-und-downloads/downloads/positionierungen/>

7.5 Positionspapier der AGJ zum DQR

Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) stehen für die Kinder- und Jugendhilfe im Zusammenhang mit dem DQR sowohl Fragen der Qualifizierung und der tariflichen Eingruppierung auf Seiten der Fachkräfte als auch Fragen der

Anerkennung von Kompetenzen sowie beruflicher Chancen ihrer Adressatinnen und Adressaten im Mittelpunkt. Entsprechend begleitet die AGJ die Entwicklungen zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) bzw. seine Umsetzung in den DQR aus der Perspektive der Arbeitsfelder „Qualifizierung, Forschung, Fachkräfte“, „Jugend“ sowie „Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa“.

In einer Stellungnahme skizziert die AGJ die Genese und Ausgestaltung des DQR und analysiert offene Fragen sowie Herausforderungen aus der Perspektive der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen dabei einerseits die Chancen, die sich aus dem DQR im Hinblick auf Kompetenzorientierung sowie (grenzüberschreitende) Anerkennung und Durchlässigkeit ergeben. Andererseits wird auf Risiken hingewiesen, die sich aus einer Verknüpfung von Tarifstrukturen und DQR-Niveaus ergeben sowie vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs eine mögliche Dequalifizierung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe zur Folge haben können.

Die Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter:

[http://www.agj.de/Artikel.76.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=240&cHash=c5ad38079a61487bf81ee58d7fa52092](http://www.agj.de/Artikel.76.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=240&cHash=c5ad38079a61487bf81ee58d7fa52092)

7.6 Fachkräftemangel als Chance für benachteiligte Jugendliche?

In seinem Gastbeitrag für das Good Practice Center des BIBB hat sich Gerhard Christe unter dem Titel „Der Fachkräftemangel als Chance für benachteiligte Jugendliche: Realität oder Phantom?“ kritisch mit der Frage auseinandergesetzt, welche Rolle der seit längerer Zeit beschworene Fachkräftemangel in der bildungspolitischen Diskussion spielt und ob er, wie dies auch in der Benachteiligtenförderung oftmals vertreten wird, tatsächlich eine Chance für benachteiligte Jugendliche ist. Er kommt dabei zu der Einschätzung, dass die Annahme, es sei volkswirtschaftlich unabdingbar, die Potenziale der im Übergangssystem befindlichen Jugendlichen auszuschöpfen, um den Fachkräftemangel zu bewältigen, naiv ist. Da Bildung mehr ist als das Ausschöpfen von Begabungsreserven, plädiert er dafür, die Diskussion über den Fachkräftemangel dafür zu nutzen, die skandalöse Tatsache, dass Armut und mangelnde Bildungschancen in Deutschland nach wie vor besonders stark miteinander zusammenhängen, weiterhin öffentlich zu thematisieren.

Der Beitrag kann heruntergeladen werden unter:

http://www.good-practice.de/infoangebote_beitrag4781.php

7.7 Positionspapier des Kooperationsverbunds Jugendsozialarbeit

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert in seinem Positionspapier vom 29. Oktober 2012 „Gegen das Primat des Preises! Die Qualität der Berufseinstiegsbegleitung ist in Gefahr!“ eine ressourcen- und qualitätsorientierte Absicherung der Berufseinstiegsbegleitung. Die derzeit in Sachsen und Nordrhein-Westfalen bei der Vergabe von Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung nach § 49 SGB III durch die Regionalen Einkaufszentren (REZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu beobachtende Auswahl der Träger folgt an vielen Standorten der Logik des niedrigen Preises. Wo dies der Fall ist, wird die Zielsetzungen der Berufseinstiegsbegleitung konterkariert und deren Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen zerstört. In diesem Sinne fordert der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit, dass bewährte Kooperationen fortgesetzt werden können und eine den Anforderungen angemessene Bezahlung für entsprechend qualifiziertes Personal erfolgt.

Das Positionspapier kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.bagarbeit.de/data/bag/Aktuelles/2012012-10-29-KV-Positionspapier.pdf>

7.8 Stellungnahme des DGB zum OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“

Für den DGB bleibt die soziale Auslese weiterhin die Achillesferse des deutschen Bildungssystems, wie die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock in ihrer Stellungnahme zum OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2012“ erklärt hat. Sie fragt: Wie viele Bildungsberichte müssen eigentlich noch veröffentlicht werden, bis sich die Verantwortlichen in der Politik und im Bildungssystem endlich dem Problem der Bildungsarmut

stellen? Wenn wir auch künftig den Fachkräftebedarf in Deutschland decken wollen, so der DGB, müssen wir die sozialen Barrieren in unserem Bildungssystem beseitigen. Einen festen Sockel der Bildungsverlierer dürfe sich unsere Gesellschaft nicht leisten. Notwendig seien deshalb gezielte Investitionen in frühkindliche Bildung, Ganztagschulen und die soziale Öffnung der Hochschulen. Notwendig sei ein neues Ganztagschulprogramm. Gerade auch in Schulen in sozialen Brennpunkten würden zusätzliche Lehrkräfte und fest angestellte Schulsozialarbeiter gebraucht. Nur durch individuelle Förderung könne Bildungsarmut verhindert und Chancengleichheit verwirklicht werden.

Quelle:

http://www.dgb.de/presse/++co++4a1851e2-fc02-11e1-8e98-00188b4dc422/@@index.html?tab=Alle&display_page=2&k:list=Bildung

7.9 „Berufsausbildung für alle – heute endlich verwirklichen“

Sieben ehemalige und drei noch aktive engagierte Berufsbildungsexperten, die auf unterschiedlichen Ebenen an der Formulierung, Umsetzung und Gestaltung der Politik der Berufsausbildung ab Ende der 1970er Jahre beteiligt waren, trafen sich nach 25 Jahren wieder in Formine (Lago Maggiore), um die Chancen einer „Berufsausbildung für alle“ unter heutigen Bedingungen zu diskutieren. Es waren dies: Peter Collingro, Paul Fülbier, Hans-Konrad Koch, Gert Klein, Peter-Werner Kloas, Hans Petzold, Johannes Beck, Wolfgang Schlegel, Bodo Voigt und Walter Würfel. Als Ergebnis dieses Treffens ist ihr Plädoyer „Berufsausbildung für alle – heute endlich verwirklichen“ entstanden.

Der Text kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.lak-berufsnot.eu/positionspapier/index.html>

7.10 Junge Menschen nicht zu „Bildungsverlierern“ machen

In seiner Stellungnahme vom August 2012 zum 4. Nationalen Bildungsbericht hat der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit darauf hingewiesen, dass es dem Bildungssystem weiterhin nicht gelingt, die von Benachteiligung betroffenen Kinder und Jugendlichen hinreichend zu fördern. Deshalb fordert er Änderungen in der Bildungspolitik und eine Weiterentwicklung des Bildungssystems, um Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen herzustellen. Die Stellungnahme benennt hierzu konkrete Änderungsbedarfe. Als wesentlich wird der Beitrag, den die informellen und non-formalen Bildungsangebote der Jugendhilfe und vor allem die Bildungs- und Ausbildungsangebote der Jugendsozialarbeit leisten können, angesehen, um Benachteiligung entgegenzuwirken und Kompetenzen junger Menschen umfassend zu fördern.

Die Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/KV_Stellungnahme_Bildungsbericht_2012.pdf

7.11 Empfehlungen der BAG ÖRT zur Reform des Übergangs Schule - Beruf

Unter dem Titel „Übergänge in kommunaler Verantwortung – bedarfsgerecht, anschlussorientiert, individuell und partizipativ!“ hat die BAG ÖRT Empfehlungen zur Reform des Übergangssystems formuliert. Die Empfehlungen nehmen Bezug auf Debatten, Initiativen und Aktivitäten zur Reform des Übergangssystems auf Bundes-, Landes- und Kommunaler Ebene, insbesondere Bezug auf die von der Bertelsmann Stiftung ins Leben gerufene Initiative „Übergänge mit System“ sowie die aktuellen Reformen des Übergangssystems in Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Kernaussage der Empfehlungen ist, dass ein reformiertes Übergangssystem für alle jungen Menschen präventive, individuelle und angemessene Angebote bereithalten muss. Es soll gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und soziale Ausgrenzung verhindern. Darüber hinaus sollen alle Angebote grundsätzlich rechtskreisübergreifend gestaltet werden. Die Kommunen sollen dabei die zentrale Steuerungsfunktion übernehmen.

Die Empfehlungen können heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/positionspapier_web.pdf